

# Texte gegen das World Economic Forum Davos

Aus Megafon Nr. 207, Januar 1999 (immer noch aktuell)



## Inhaltsverzeichnis

1	Was ist das "World Economic Forum" eigentlich? – Ein geschichtlicher Abriss	1
2	Die Revolution stirbt nicht am Erfrierungstod... (M.Verve)	2
3	Die Dinge beim Namen nennen	5
4	WEF – Maennertreff oder ein Beitrag zu den Geschlechterverhaeltnissen im globalisierten Kapitalismus	7
5	Frauenmigration	10
6	Das Suedostanatolienprojekt GAP Ein Diskussionsbeitrag zu Modernisierung als Aufstandsbekaempfung	13
7	Vom World Economic Forum in der Schweiz zu den Bauern und Baeuerinnen in Indien	17
8	Das WEF und der Osten Europas	19

Alle Texte: <http://www.reitschule.ch/reitschule/anti-wto/seven.shtml>

# 1 Was ist das "World Economic Forum" eigentlich? – Ein geschichtlicher Abriss

1971 gründete der Betriebswirtschaftsprofessor Klaus Schwab das "European Management Symposium", welches eine Plattform fuer europaeische Topmanager bieten sollte. Nach dem ersten Erdoelschock und der Flexibilisierung des Wechselkurssystems 1973 wurde der Gipfel in Davos neu ausgerichtet. Neben Managementfragen werden nun auch politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und soziale "Probleme" diskutiert. Mit der Zeit kamen zum jaehrlichen Treffen in Davos immer mehr regionale Konferenzen (z.B. in Lateinamerika, Indien und Ostasien), welche der Organisation rasch den Charakter eines globalen Netzwerkes gaben. 1982 fand im Rahmen des jaehrlichen Treffens in Davos die erste informelle Zusammenkunft von ParlamentarierInnen verschiedener Laender und Koepfen internationaler Organisationen wie der Weltbank, dem IWF und dem GATT statt. Dieses dient seither als Modell fuer weitere aehnliche Treffen. 1987 wurde das "European Management Symposium" in "World Economic Forum" umbenannt.

## Politik und Geschaef

Oberstes Ziel dieses Fonds ist es, eine "globale Gemeinschaft zu bilden, eine weltweite Vernetzung zwischen den Entscheidungstraeger aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien". Deshalb werden neben dem jaehrlichen Treffen immer mehr regionale Konferenzen organisiert, um konkret auf "die Problemstellungen der Region eingehen zu koennen - und nebenbei die "internationale Geschaefswelt" mit den "politischen Fuehrer" einiger Laender in Kontakt zu bringen. Seit einigen Jahren sind die Mitglieder des Weltwirtschaftsforums auch durch ein Videokonferenzsystem (WELCOM) verbunden. Mit diesem "Privatinternet" haben es die "global leaders" nicht mehr noetig, sich an ermuedenden Konferenzen heranzuschlagen, um sich zu treffen, Entscheide zu faellen, neue strategische Allianzen oder joint ventures zu gruenden. Ein kurzes "Klick" und die Verbindung mit dem potentiellen Geschaefspartner ist hergestellt, oder man kann sich von "Fachleuten" oder Organisationen wie der WTO oder der OECD beraten lassen. Im World Competitiveness Report, welcher vom WEF und vom Lausanner Managementinstitut IMD herausgegeben wird, werden die verschiedenen Laender, seit 1994 OECD- und Entwicklungslaender gemeinsam, aufgrund ihrer Wettbewerbsfaehigkeit eingestuft. Wettbewerbsfaehigkeit wird dabei definiert als "institutioneller und politischer Rahmen zur Foerderung eines anhaltend raschen Wirtschaftswachstums, und zwar vorausblickend ueber einen Zeitraum von fuenf bis zehn Jahren", was z. B. bedeutet, dass ein ausgebauter Sozialstaat als Bremsklotz, tiefe Steuersaetze als eine der wichtigsten Voraussetzungen fuer eine wettbewerbsfaehige Volkswirtschaft darstellen.

## Das Davoser Forum

Das Davoser Forum ist das jaehrliche Treffen der Organisation, der "Gipfel der Gipfel". Hier treffen sich an die tausend Unternehmensfuehrer, rund 250 Staatsvertreter, etwa 300 Wissenschaftler, hochrangige Kulturtraeger, sowie ein Tross von Medienleuten. Das Davoser Forum definiert die "Loesungen" zu wirtschaftlichen, politischen und sozialen Problemen - immer mit Blick auf die Praxis. So bruestet sich das Forum damit, eine Schluesselrolle bei der Festsetzung neuer wirtschaftlicher, politischer, kultureller und sozialer Tendenzen und Stossrichtungen zu spielen und bei der Umsetzung von (neuen) Strategien der multinationalen Konzerne (und Staaten) "Resultate vorantreiben und ihre Potentiale maximieren zu koennen". Zusammenfassend ist der Zweck des Forums, eine "globale Gemeinschaft, eine weltweite Vernetzung zwischen den Entscheidungstraeger aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien zu schaffen", damit diese Elite besser die Verantwortung, "den Zustand der Welt zu verbessern" uebernehmen kann. In der Realitaet heisst dies, dass die "global leaders" eine tragende Rolle bei der Bestimmung der Weltpolitik haben sollen: "Unsere Philosophie ist es, dass die grossen Herausforderungen, mit welchen die Menschheit im 21. Jahrhundert konfrontiert sein wird nicht durch gemeinsame Bemuehungen der Regierungen und der Geschaefswelt wieder behebt werden koennen" (K. Schwab). Laut Schwab muessten diese Bemuehungen den "Unternehmergeist" als gemeinsamen Nenner haben: "Wir wissen, dass der Unternehmergeist die Grundlage jeglichen wirtschaftlichen und folglich auch sozialen Fortschrittes ist. Aber dieser Unternehmergeist muss seine soziale Verantwortung wahrnehmen und danach handeln." Zur Erinnerung fuer diejenigen, welchen diese Aussage nicht ganz klar ist, die Devise des Forums: Unternehmergeist im

oeffentlichen, globalen Interesse“. Man sieht also, dass sich das WEF weder damit begnuegt, all diese Entscheidungstraeger, Fachleute und “global leaders” zusammenzubringen, noch ihnen Teegebaeck zu servieren, sondern auch aktiv an der Gestaltung der Diskussionen teil nimmt.

## Die Themen des Davoser Forum

An jedem Gipfel gibt das WEF - mit Hilfe seiner “institutionellen Partner“ (Konzerne, die das WEF finanziell unterstuetzen) - ein “Arbeitsprogramm“ heraus, welches “neue Tendenzen“, “Probleme“ und andere “Veraenderungen“ der “globalen Agenda“ enthaelt. So waren 1996 “Chancen und Risiken der Globalisierung“, 1997 die Informationstechnologie Schwerpunktthemen. Dieses Jahr lautet das Programm: “Die globale Verantwortung: mit der Globalisierung umgehen.“

## ...und deren Umsetzung

Neben der Definition und der Verbreitung ideologischer Konzepte, kann das WEF auch einige konkrete Erfolge verbuchen - und zwar nicht unwesentliche: das WEF weist stolz darauf hin, im Globalisierungsprozess eine fuehrende Rolle gespielt zu haben. Neben zahlreichen “business opportunities“, verdanken wir hauptsaechlich dem WEF, dass die Verhandlungen der “Uruguay-Runde“ anfang der achziger Jahre wieder aufgenommen wurden. Ein weiterer “Erfolg“ sind die Verhandlungen ueber die Liberalisierung von Finanztransaktionen. Das WEF spielte auch eine Hauptrolle bei der Entspannung zwischen Griechenland und der Tuerkei 1988; bei der Ausarbeitung des GAP-Projektes in der Tuerkei; bei der Annaeherung West- und Ostdeutschlands 1990 (tatsaechlich haben sich die Chefs, von denen man sagt, sie haetten alles gemeistert, in Davos getroffen...); bei der Lancierung des Umweltgipfels in Rio 1990; bei der Unterzeichnung des “Gaza-Jericho-Abkommens“ zwischen der PLO und Israel... Es ist diese Art von “Erfolg“, die sie sagen laesst: “Wir glauben, dass der Fortschritt nur moeglich ist, wenn die Regierungen und die Wirtschaft frei und konstruktiv die Probleme diskutieren und zusammen die besten Loesungen erarbeiten koennen.“

Die Zitate sind der homepage des WEF (<http://www.weforum.org>) entnommen.

## 2 Die Revolution stirbt nicht am Erfrierungstod... (M.Verve)

Im Januar 1971 trafen sich auf Initiative des heutigen WEF-Präsidenten und Wirtschaftsprofessors Klaus Schwab erstmals europäische Topmanager im Schweizer Wintersportort Davos, “um eine kohärente Strategie fürs Europäische Business zu diskutieren.“ Die Gründung des European management forum im gleichen Jahr war der Beginn einer Organisation, die sich schon bald nicht mehr damit begnügte ein paar der topigsten Manager Europas zum Strategiediskutieren in dünner Luft zusammenzubringen, sondern sehr schnell damit begann ihren Einfluss- und Betätigungsbereich geografisch und in die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereiche auszuweiten. So entstanden bereits in den 70er Jahren sogenannte Länder Foren, “um die internationale business community mit den ökonomischen und politischen Leadern spezifischer Länder zusammenzubringen.“ Ebenfalls noch ins gleiche Jahrzehnt fallen die Organisation eines Arabisch-Europäischen und eines Latein-Amerikanisch-Europäischen Business Leaders Symposium, die Entwicklung zu einer Mitgliederorganisation, Länder Foren im Trikont, und als erste NGO (sic!) Zusammenarbeit mit und Aktivitäten in China. In den 80ern gings munter so weiter: 1980 Business Leaders Symposium in Peking, zwei Jahre später erstes informelles Zusammenkommen von PolitikerInnen der grössten Länder mit “den Köpfen internationaler Organisationen (wie Weltbank, IWF, GATT)“ anlässlich des Davoser Jahrestreffens, im gleichen Jahr Organisation “eines speziellen Treffens von Handelsministern aus 17 Ländern in Lausanne (...), welche die Uruguayrunde in die Wege leitet.“ 1987 wird der Name in World Economic Forum geändert, “um die zunehmend globale Sichtweise widerzuspiegeln.“ Auch mit dem neuen, trendigeren Namen ging die Expansion in neue Welten und vermeintlich artfremde Gesellschaftsbereiche weiter. Neue Gipfel um neue Gipfel in aller Welt werden abgehalten, ein World Arts Forum wird als Tochterstiftung gegründet, welches “200 Kunst- und Kulturführer zusammenbringt und dazu führt, dass die Stiftung (das WEF) eine stärkere künstlerische und kulturelle Dimension in all ihre Aktivitäten integriert“, Industriegipfel werden in Zusammenarbeit mit Unis wie Harvard, MIT, Stanford,

Caltech, UC Berkeley organisiert. 1993 "beschränkt die Stiftung, um den Clubcharakter seines Netzwerks zu untermauern, seine Aktivitäten ausschliesslich auf Mitglieder und Special Guests."

Diese Entwicklung vom Management Symposium, das sich auf Fragen der Unternehmensführung konzentrierte, zum World Economic Forum mit globaler Ausrichtung und Einflussnahme, welches die Manager an allen gesellschaftlichen Entscheidungen und Prozessen beteiligen will und es sich zum Auftrag macht, das Unternehmertum in alle gesellschaftlichen Bereiche und alle Ecken der Welt zu tragen, ist die Umsetzung des neoliberalen Globalisierens, Privatisierens und Denkens der Gesellschaft als Marktplatz, resp. als Unternehmen, und des dazugehörigen Durchdringens aller Lebensbereiche mit kapitalistischem Marktdenken. Das WEF stellt so quasi die organisatorische Entsprechung zur neoliberalen Durchkapitalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche dar. Mit ihren Worten nennt sich das: "eine unabhängige, unparteiische, not-for-profit Stiftung, welche im Geist des Unternehmertums im Interesse der globalen Öffentlichkeit für weiteres Wirtschaftswachstum und sozialen Fortschritt handelt", oder: "die führende globale Partnerschaft aus business, politischen und anderen Führern der Gesellschaft, engagiert in der Verbesserung des Zustands der Welt."

Die Mitglieder der Stiftung sind "die 1000 führenden globalen Unternehmen", führend' richtet sich dabei nach Umsatz, globaler Dimension, gesellschaftlichem Einfluss und Ruf eines Unternehmens, führend' heisst da: ABB, Coca-Cola, Nestlé, Monsanto, McDonalds, Shell, BP Amoco, Novartis, Deutsche Bank, UBS, Siemens, VW, Philip Morris und über 900 andere mehr. Dazu kommen spezielle Kategorien von Mitgliedern, wie Media Leaders, Public Leaders, Cultural Leaders, Global Leaders of tomorrow (unter 45 Jahren), business consultative group (bestehend aus "Köpfen" nationaler und regionaler Unternehmerverbände und "Köpfen" aus UN-Abteilungen, die zusammengebracht werden zur Vertiefung der Beziehung zwischen Business und UN). So treffen sich am Treffen in Davos im Januar Jahr für Jahr über tausend ManagerInnen mit mehreren hundert PolitikerInnen, KünstlerInnen und Intellektuellen (die feministische Schreibweise könnte ich mir beinahe schenken) "to shape the global agenda". Neben diesem Jahrestreffen Ende Januar in Davos gibt es verschiedene regionale jährliche WEF-Summits, der Southern Africa Summit in Durban, der Central und Eastern Economic Summit in Salzburg, der Asia Pacific Economic Summit in Melbourne, der India Economic Summit in New Delhi sowie der Middle East/North Africa Economic Summit.

Auch wenn die WEF-eigenen Angaben über Grosstaten um und in Davos als PR-Propaganda gelesen werden müssen, geben sie trotzdem ein Bild über Einfluss, Absicht und Betätigungsfeld des WEF: Was sie für sich beanspruchen, ist: Vorarbeit für eine erfolgreiche Uruguay-Runde, die zur Gründung der WTO führte, der erste Schritt zur Beendigung des Kalten Kriegs durch Genschers Rede am WEF in Davos: "Let's give Gorbachev a chance", Friedens- und Aussöhnungsprozesse wie die "Davos Declaration" 1988 zwischen Griechenland und der Türkei, Gespräche in Davos zwischen den beiden Korea, 1989 Treffen in Davos zwischen Kohl und Modrow, welches die Vereinigung zwischen West- und Ostdeutschland "merklich beschleunigte", 1990 dank dem WEF Normalisierung der Beziehung zu Vietnam, Treffen zwischen De Klerk, Mandela und Buthelezi, welches die weitere Entwicklung Südafrikas prägte, Abkommen betreffend Gaza und Jericho zwischen Peres und Arafat.

Dazu kommt, was ihre PR-Abteilung nicht schön schreiben kann, aber gleichfalls als Teil der dünnen Atmosphäre, des Spirit of Davos bewirbt: die Rubrik Hinterzimmer-Hotelbar-Skipiste-Sauna, all die schönen Geschäfte, wie z.B. 1984 zwischen Sulzer und der Türkei über den Bau des Atatürkstaudamms, oder 1998 zwischen Nestlé und Mexico über Fabrikanlagen in Chiapas, oder auch die Rolle, die Davos spielte beim Deal zwischen US-Oelloobby, türkischer und russischer Regierung, der zur Verhaftung Ocalans führte als Preis für die Oelpipeline durch kurdisches Gebiet der Türkei. Dabei ist diese Widersprüchlichkeit Teil des Konzepts, dass das WEF einerseits Einfluss nimmt und nehmen will, einen gesellschaftlichen Diskurs als neoliberalen Diskurs mitbestimmt und bestimmen will, auf der anderen Seite aber die Harmlosigkeit des Treffens neben den guten Absichten aller TeilnehmerInnen vor allem auch mit dem informellen Charakter des Treffens begründet, betont, dass das WEF anders als z.B. eine WTO keine Entscheidungskompetenzen hat, dass das WEF nur den verschneiten Rahmen bildet, in welchem sich die globalen Leaders entspannt zusammensetzen können, um konstruktiv an der Lösung der weltweiten Probleme zu arbeiten. Dies tun sie unter immer originelleren Mottos, nach "Responsible Globality" 1999, "New Beginnings: Making a Difference" im 2000, heisst es für Januar 2001 "Bridging the divides: creating a roadmap for the global future", dieses "Gegensätze überbrücken" hat Konzept in Davos, so ist Dialog das wohl meist gebrauchte Wort von WEF-Gründer Schwab. Neben SchriftstellerInnen wie Umberto Eco oder Paulo Coelho, die jeweils an die Menschlichkeit all dieser Leaders appellieren, sind auch kritische Stimmen von beispielsweise Greenpeace und Amnesty International willkommen, im letzten Jahr wurden auf Forderung der "Public Eye on Davos", einer Initiative mehrerer internationaler

NGOs, wie die Erklärung von Bern, Focus on the global South, Friends of the earth international und anderer, gar eine handvoll KritikerInnen vom Format Vandana Shiva und Martin Khor eingeladen, die sollen ruhig auch mal was sagen dürfen, das WEF kann fleissig mit-besorgt-sein, verbindliches wird dazu am WEF nicht festgehalten, ist halt ein informelles Treffen. Es ist dies die beschissenste aller Vereinbarungen, wo nicht mal ein schlechtes Plagiat einer lächerlichen Nachahmung eines nicht umgesetzten Zugeständnisses an minimalste arbeits-, menschenrechtliche oder ökologische Reformforderungen zu holen ist, sondern schlichtweg nichts, ausser der beschissenen, absolut zutreffenden Erkenntnis, Teil der Dialog-Werbestrategie des WEF geworden zu sein. Dass diese funktioniert, dafür sorgt unter anderem ihr Akkreditierungssystem. Die JournalistInnen werden dabei in drei Kategorien eingeteilt: die erste sind freischaffende, alternative und kritische Medien, diese sind am WEF nicht zugelassen, die zweite wird zugelassen, aber nicht zu allen Veranstaltungen, die dritte sind die "Global Media Leaders" mit unbeschränktem Zutritt.

Aber nicht alle wollen mit-dialog-führen: 1994 organisierten linksradikale, feministische, chiapas-solidarische Menschen eine erste Demo, und kurdisch-türkische Menschen eine Protestkundgebung gegen das WEF in Davos, vier Jahre später gabs eine zweite Demo, und seither organisiert die Anti-WTO-Koordination jedes Jahr eine Demonstration und Veranstaltungen gegen das Jahrestreffen des World Economic Forum in Davos. Trotz eisiger Temperaturen im Davoser Winter ging auch an uns die ganze Gipfelstürmer-dynamik seit Seattle nicht spurlos vorbei, so trafen sich im Januar 2000 weit über 1000 Demonstrierende v.a. aus der Schweiz, Italien und Frankreich in Davos um die winterliche Ruhe einen Nachmittag lang zu stören. Für einen Nachmittag das Riesenpolizeiaufgebot aus der ganzen Schweiz auf Trab zu halten, kann aber niemals reichen, darum wird 2001 das WEF blockiert. Neben der internationalen Grossdemo vom 27. 1. 2001 sind während der ganzen Dauer des WEF, d. h. vom 25. bis 30. Januar Blockadeaktionen geplant. Dafür findet sich die Anti-WTO-Koordination Alpenregion mit verschiedenen Gruppen aus den Alpen und umliegendem Flachland aufgrund abgedruckter Aktionsplattform zusammen. Diese soll unseren klar nicht reformistischen Standpunkt, im Verhältnis zum WEF wie zum Kapitalismus, und unsere Ablehnung eines Dialogs mit dem WEF genauso zum Ausdruck bringen, wie die Einbettung dieser Mobilisierung in unseren alltäglichen Kampf gegen Herrschaft jeder Form. Jeder Mensch und jede Organisation, die sich hinter diese drei Punkte stellen kann, ist herzlich eingeladen und aufgefordert, mit uns das WEF zu stören. Mit Organisationen wie der EvB (Erklärung von Bern), die einen Gegenkongress organisiert, besteht ein Koordinieren zwecks Sich-nicht-in-die-Quere-kommens, mit pazifistischen Gruppen wie der Theologischen Bewegung, die anders als wir zu einer explizit gewaltfreien Demo aufruft, hat die Zusammenarbeit zum Ziel, für gewaltfreie und militante Formen von Widerstand trotz enger Davoser Raumverhältnisse nebeneinander Platz zu finden.

Die Wichtigkeit des Widerstandes gegen das WEF besteht in des WEFs Rolle einerseits als gewichtiger Bestimmer und Former eines neoliberalen Diskurses von Liberalisierung, Privatisierung und kapitalistischer Durchdringung des Sozialen und Elimination jedes anderen Wertes als Leistung und wirtschaftlichen Gewinn, verbunden und begründet mit angeblich sozial verpflichteten Absichten, und andererseits als wintersportlich förderlicher Rahmen zur Vereinbarung aller möglichen wirtschaftlichen und politischen Deals. Dabei liegt für mich die Wirkung eines allfälligen Verhinderns des WEF -unser längerfristiges Zielhauptsächlich auf symbolischer Ebene. Mit symbolisch meine ich alle nicht konkret-praktischen Auswirkungen, sondern die darüber hinausgehenden Konsequenzen dieser Aktion auf die weitere gesellschaftliche Entwicklung und ihre öffentliche Wahrnehmung. Eine Betonung des Symbolischen nicht weil in Davos nichts konkret zu verhindern wäre, aber weil eine Welt ohne WEF keine radikal bessere Welt wäre, all die Skipisten-Deals könnten auch auf irgendwelchen europäischen oder amerikanischen Golfplätzen ausgeheckt und vereinbart werden, und zur Verbreitung ihres penetranten, neoliberalen Geschwätzes stehen den globalen Leaders genügend andere Kanäle zur Verfügung. Dass damit das Bequeme des an einem Ort sich Zusammenfindens dieser Aspekte immerhin futsch wäre, ist sicher schon Grund genug, sich in den Davoser Strassen zu Tode zu frieren, bedeutender aber ist sicherlich der mögliche Einfluss einer gelungenen Blockade als deutliches Zeichen, dass die kapitalistischen Angriffe auf alle Aspekte des Lebens so leicht nicht durchkommen, als deutliches Zeichen auch dafür, dass wir so ohnmächtig doch nicht sind, dass es Sinn macht, sich zu organisieren und aktiv zu werden, dass, wenn wir sie nicht einfach machen lassen, ihre Freihandelsträume so einfach nicht durchkommen. So ist bei aller berechtigten Kritik am aktuellen Gipfelhoppingtrend und bei allem Bedauern über allfälliges Zukurzkommen der politischen Arbeit im Alltag, nicht ausser acht zu lassen, was ein solch symbolischer Sieg für den Widerstand gegen den Kapitalismus und seine neoliberalen Ausbauer bedeuten kann. Wenn wir zusätzlich vom vereinfachten "Böse Multis regieren aus Gipfelhinterzimmern und verbreiten Hunger und Arbeitslosigkeit in alle Welt"-Schema weg den Widerstand ausweiten auf die Umsetzung und Auswirkungen dieser Politik im Alltag, sei dies bei-

spielsweise die Privatisierung des Schweizer Gesundheitswesens, Abschottung der Europa-Aussengrenzen gegen alle Nichtmanager oder Nichttouristen, neue Isolationsknäste in der Türkei, der Plan Colombia in Kolumbien, neuerliches Anwachsen des Frauenanteils an den Armen der Welt, oder geplante Abhängigkeit von BäuerInnen von Gentechnultis, dann besteht die Möglichkeit von dieser Dynamik zu profitieren, um diesem neoliberalen Angriff etwas entgegenzusetzen und Alternativen umsetzbar zu machen, die darüber hinausgehen, zu Keynes System zurückzukehren oder das internationale Finanzkapital besteuern zu wollen, und stattdessen Schluss machen mit allen Ausbeutungs- und Herrschaftssystemen. Alle WEF-Zitate sind von der WEF-eigenen Homepage [www.weforum.org](http://www.weforum.org)

### 3 Die Dinge beim Namen nennen

“Wenn wir jedoch den Kapitalismus mit dem Adjektiv neoliberal“ versehen, so bleibt auf dem Gebiet der Ideologie Raum fuer die Behauptung, es gaebe eine andere, “bessere“ Art des Kapitalismus. Und damit gehen wir in die Falle, anstatt laut und deutlich herauszuschreien, dass die Ursache fuer dies alles der Kapitalismus ohne Adjektive ist.“

Eleutrio Fernandez “El Nato“ Huidobro(1)

Was der Mitbegründer der uruguayischen Stadtguerilla “Tupamaros“ hier formuliert, mag banal klingen: Weshalb von Neoliberalismus sprechen, wenn das Problem immer noch der Kapitalismus ist und vorläufig auch bleibt? Die Verwendung von Adjektiven um den Kapitalismus präzisier zu beschreiben, erweckt den Eindruck, dass es auch eine gutgemeinte, soziale, mit menschlichem Antlitz oder was auch immer fuer eine Herrschaft des Kapitals geben koennte. Die inflationäre Verwendung des Begriffes “Neoliberalismus“ in den letzten zehn Jahren ist wohl das bezeichnendste Beispiel, wie ein Begriff dermassen ausgehöhlt wurde, bis er nur noch als Schlagwort fuer fast alle beliebigen Zwecke hinhalten kann und damit seine analytische Schaerfe verliert. Doch nicht nur auf der Ebene der Begriffe lauern solche verlockende Vereinfachungen. Das nachvollziehbare Beduerfnis klaren Widerspruechen in die Augen zu schauen, laesst oft naheliegende Ungereimtheiten in Vergessenheit geraten.

#### Begriffsverwirrung

Ein Beispiel aus der juengeren Vergangenheit, inwiefern sogar PolitikerInnen gleicher Provenienz denselben Begriff um 180 Grad divergierend auslegen koennen, lieferte die Schweizer Sozialdemokratie im vergangenen Herbst. In seiner Antrittsrede als neugewählter Praesident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes geisselte der SP-Nationalrat Paul Rechsteiner den “Neoliberalismus“ und wies auf die Anfaenge seiner modellhaften Umsetzung in Chile nach dem Militaerputsch von 1973, sowie auf seine “Leistungen“ der vergangenen zwei Jahrzehnten hin. “Die neoliberale Idee ist durch ihre Propagandisten in Politik und Medien ideologisch solide verankert.“, stellt Rechsteiner zurecht fest und meint damit nichts anderes, als dass es gelungen ist, mit einer Terminologie der “faits accomplis“ die Menschheit glauben zu machen, dass es keine Alternativen zu einer nach wirtschaftlichen Verwertbarkeitskriterien organisierten Gesellschaft gibt.

Nur zwei Wochen zuvor hatte Rechsteiners Parteikollegin und Praesidentin der SPS, Ursula Koch, das Ende des “Neoliberalismus“ heraufbeschworen und gleich das Zeitalter der Sozialdemokratie angekuendigt: “Das Sozialdemokratische Jahrhundert wird erst jetzt, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und nach dem Scheitern des Neoliberalismus kommen.“ Ein neokeynesianischer Sozialdemokratismus als vernuenftiger Mittelweg zwischen den diskreditierten Extremen? Waehrend der eine weiterhin zum Sturm blaest und eine Gefahr wittert, sieht die andere bereits das goldene Zeitalter anbrechen.

Diese unterschiedliche Verwendung zeigt, wie ein Begriff zu einer sinnentleerten Worthuelse verkommen kann. Es ist sogar moeglich, dass PolitikerInnen, die ein gemeinsames Projekt verfolgen, einen Begriff in entgegengesetzter Weise verwenden.

#### Nur Neoliberale in Davos

Wer sich in Davos am Meeting des World Economic Forum in Davos tummelt, muss sich von seinen KritikerInnen gefallen lassen, als Neoliberaler tituliert zu werden. Betrachtet man die TeilnehmerInnenlisten des Davoser Meetings der vergangenen Jahre, so traf sich in den Buendner Alpen tatsaechlich alles, was

Rang und Namen hatte aus Politik und Wirtschaft. Und in einem trivialisierten Verstaendnis handelt es sich hierbei zweifelsohne um ApologetInnen des "Neoliberalismus". Fragt sich, welchen Nutzen die Subsuumierung unter diesen Begriff hat. Zur Denunziation des politischen Gegners macht es keinen Unterschied, ob es nun "KapitalistInnen" oder "Neoliberale" sind. Der Zweck ist derselbe: Die Konstruktion einer moeglichst homogenen Gruppe, damit der politische Gegner trotz seiner Widerspruechlichkeit fassbar bleibt. Ob es nur um die Verwendung von Schlagworten geht, oder ob gleich gesamte Zusammenhaenge verklaert werden, macht keinen Unterschied. In beiden Faellen geht es darum, einem als "uebermaechtig" eingeschaezteten politischen Gegner entgegentreten zu wagen. Eine derartiges Phaenomen aus der juengsten Zeit ist etwa die Maer vom erfolgreichen

## **"Widerstand" gegen das MAI**

nachdem die Verhandlungen ueber ein Multilaterales Abkommen ueber Investitionen (MAI) bei der OECD sistiert wurden. Dieses Vertragswerk haette auslaendische Investoren gegen Diskriminierung und Ungleichbehandlung geschuetzt, was de facto hiesse, dass bestehende Sozialklauseln oder Umweltschutzaufgaben aufgrund ihres "diskriminatorischen" Charakter aufgehoben werden muessten, damit jeder Konzern ueberall zu gleichen Bedingungen investieren kann. Nicht weiter erstaunlich und auch erfreulich, dass sich gegen eine derartige Arroganz der 29 reichsten Nationen der Welt Widerstand regte - und zwar weltweit. Wenn sich jetzt die verschiedenen Netzwerke, die massgeblich an der oeffentlichmachung des Vertragstextes und der Sensibilisierung fuer die zu erwartenden Auswirkungen eines MAI verantwortlich sind, sich auf die Schultern klopfen und ihren Widerstand als ursaechlich fuer das vorlaeufige Scheitern der Verhandlungen bei der OECD hinstellen, so entspricht dies kaum den realen Kraefteverhaeltnissen und Interessenslagen.

Dass fuer das Scheitern der MAI-Verhandlungen primaer innerkapitalistische Widersprueche, sowie die von linken wie auch rechten Gegner gezuেকে nationalistische Karte verantwortlich waren und der Widerstand von linken zivilgesellschaftlichen Organisationen hoechstens einen Dynamisierungsprozess auszuloesen und zu beschleunigen vermochte, wird geflissentlich verschwiegen. Es erstaunt um so mehr, wenn selbst in einer renommierten gesellschaftskritischen Zeitung wie "Le Monde Diplomatique" unter dem Titel "Wie das MAI zu Fall gebracht wurde", trotz einem knappen Hinweis auf die zu erwartende Translozierung aehnlicher Vertragsverhandlungen in die WTO, eine erfolgreiche Mobilisierung der Zivilgesellschaft herbeigeredet wird. Der Synchronismus der erfolgreichen Basis-Mobilisierung und der massenhaft beantragten Ausnahmeregelungen von den meisten OECD-Mitgliedslaendern in einem kuenftigen MAI-Vertragswerk, kann kaum ueber die realen Machtverhaeltnisse hinwegtaeuschen. Wenn schon auf die Verflechtung von Multinationalen Konzernen und Nationalstaaten hingewiesen werden will, dann kann nicht ausgeblendet werden, dass es die verschiedensten Moeglichkeiten und Orte gibt, die sistierten Verhandlungen wieder aufzunehmen. So sind z.B. innerhalb des IWF Bestrebungen im Gange ueber eine Statutenaenderung Investitionsliberalisierungen festzuschreiben.

## **Nur ein fiktiver Erfolg**

Wie bereits am Beispiel der Verwendung des Begriffes "Neoliberalismus" beschrieben, ist auch bei der Kampagne gegen das MAI festzustellen, dass in den meisten kritischen Verlautbarungen stets und ausschliesslich der Vertrag der bei der OECD ausgehandelt wurde, gemeint ist. Die Fixierung auf ein einziges Projekt, ohne die Moeglichkeiten auszuleuchten, wo und in welchem Rahmen aehnliches geschehen koennte, war ein Defizit, das von Anfang an die Kampagne gegen das MAI begleitete. Deshalb nun auch die Heroisierung des vordergruendig erfolgreichen Widerstandes. In vielen linken Publikationen wird nun bereits Bilanz gezogen, obwohl eigentlich nicht einmal von einem ersten Etappensieg gesprochen werden kann. Doch das Beduerfnis eigene Erfolge zu konstruieren, ist bei einer schwachen Linken nachvollziehbar. Wenn dazu allerdings Hilfskonstruktionen, wie etwa die Naehue zu Verschwörungstheorien bemueht werden, hinterlaesst dies einen unangenehmen Beigeschmack. Gerade im Zusammenhang mit den MAI-Verhandlungen bei der OECD wurde praktisch in jedem zweiten Satz betont, dass die zustaeendigen Gremien geheim getagt haetten. Das Bild eines Elite-Klubs, der hinter verschlossenen Tueren ein Manifest zur Pluenderung der Welt ausarbeitet - welches ein verfaengliches Bild. Zum Hausieren bestens geeignet, um damit Politik zu betreiben, bleibt eine dermassen verzerrte Darstellung(2) untauglich bis gefaehrlich.

## Linker Alarmismus

Zu jeder Kampagne gehoert quasi als integraler Bestandteil die Emporstilisierung des Kampagneobjekts zum absolut "Boesen". Waehrend einiger Monaten ist dann etwa die WTO boese, das MAI die Verkoerperung einer neoliberalen Verschwuerung, oder wie im aktuellen Fall das World Economic Forum, ein Moerdertreff. Werden jedoch die einzelnen Strukturen, Vertraege oder Organisationen aus einer nuechterneren Distanz betrachtet, als aus der Hektik einer Kampagne, so erscheinen sie als nichts anderes als die integralen Bau- und Bestandteile des globalen Kapitalismus. "Die Verabsolutierung einzelner hegemonialer Projekte und die damit verbundenen uebertriebenen Bedrohungsszenarien beguenstigen jedoch nicht nur eine kurzatmige, ueberhitzte Kampagnenpolitik, sondern stehen auch einer theoretisch fundierten Kapitalismuskritik im Wege."(3)

Wenn nun das World Economic Forum ebenfalls Objekt einer Kampagne wird, die sich auf die gemachten Erfahrungen zu WTO und MAI stuetzen kann, so bleibt zu hoffen, dass den bekannten Fallen, die ueberall lauern, nicht nur elegant ausgewichen wird, sondern dass sie auch beim Namen genannt und als genauso "bekaempfungswuerdig" wie das WEF selbst angeschaut werden. Denn ob das World Economic Forum nun eine "neoliberale Lobbyagentur" oder ein informelles Treffen von KapitalistInnen, PolitikerInnen und Kulturschaffenden ist, anhand konkreter Resultate und Auswirkungen, die etwa in Davos ausgehandelt oder verkuendet wurden, laesst sich am besten ablesen, wofuer die drei Buchstabe W, E, und F stehen.(4)

### Anmerkungen

1. in: analyse & kritik Nr. 400,13. Maerz 1997
2. "So wird z.B. in nahezu allen ihrer (gemeint ist hier die Soli-Bewegung, kann aber genauso gut fuer die Anti-MAI-Kampagne zutreffen) Veroeffentlichungen betont, die MAI-Verhandlungen haetten bis 1997 im Geheimen" bei der OECD stattgefunden. De Facto fanden die Verhandlungen zunaechst schlichtweg in einem derart unbedeutenden Unterausschuss der OECD statt dass sich kaum jemand dafuer interessierte - weder die Oeffentlichkeit noch irgendwelche Regierungen. in: Jungle World, 4. Nov. 1998
3. in: Jungle World, 4. Nov. 1998
4. siehe z.B. Artikel "Das Suedostanatolienprojekt GAP Ein Diskussionsbeitrag zu Modernisierung als Aufstandsbekaempfung"

## 4 WEF – Maennertreff oder ein Beitrag zu den Geschlechterverhaeltnissen im globalisierten Kapitalismus

Auch am diesjaehrigen World Economic Forum wird die ueberwiegende Mehrzahl der Teilnehmenden Maenner sein, denn nach wie vor sind "global leaders" vorwiegend maennlich, sei es nun in Politik, Wirtschaft, Medien oder Kultur. Nach wie vor ist festzustellen, dass der Kapitalismus auf patriarchalen Strukturen basiert, wie seit jeher "subventionieren" Frauen mit ihrer un- und unterbezahlten Arbeit die markt- und geldorientierte oekonomie. Trotzdem lohnt es sich, den Ausspruch "Global Players sind (meist) Maenner - Global Losers (zuallererst) Frauen"(1) und die den Frauen zugewiesene Rolle im globalisierten Kapitalismus etwas genauer anzuschauen. Die vereinten Nationen sprachen in einem 1995 von ihnen herausgegebenen Dokument(2) von der "Feminisierung der Beschaeftigung". Tatsaechlich stieg der Frauenanteil der Lohnabhaengigen in den Laendern des Suedens, die in den 70er bis 90er Jahren ein steiles "Wirtschaftswachstum" dank Weltmarktfabriken (vor allem Textilindustrie und Mikroelektronik) aufweisen koennen - z.B. in Suedostasien - von 25 auf 44 Prozent(3). Doch verlagerten und verlagern transnationale Konzerne nicht der "flinken Frauenhaende" oder der "weiblichen Faehigkeiten" wegen ihre Produktion in den Sueden, um Frauenarbeitsplaetze zu schaffen, sondern sie nuetzen die Ausbeutbarkeit von unorganisierten jungen Frauen schrankenlos aus. Wenn auch eine Anstellung in einer Weltmarktfabrik fuer viele Frauen aus laendlichen Gebieten im Trikont eine der wenigen Moeglichkeiten darstellt, sich dem engen Familienrahmen zu entziehen, ist der Preis, den die Frauen dafuer bezahlen, hoch: zwangsarbeitsaehnliche Bedingungen, keinerlei Schutz oder Rechte am Arbeitsplatz, miserable Loehne, so dass sie sich kaum je eine eigene Existenz aufbauen koennen. Heiraten sie und werden sie schwanger, werden sie entlassen. Die auslaendischen Investoren schaffen zwar einige Arbeitsplaetze, doch groesstenteils profitieren sie vom "Standortvorteil Frauen", und fuer viele Volkswirtschaften ist billigste Frauenlohnarbeit in freien Produktionszonen ein Mittel, um sich als Produzenten und nicht mehr nur als Rohstofflieferanten auf dem Weltmarkt zu behaupten versuchen. Unterbezahlte Frauenarbeit wird



durch die kapitalistisch-patriarchale Struktur legitimiert, die dem Mann die Rolle des "Ernaehrers" und der Frau die der "Hausfrau" und im "besten" Fall "Zuverdienerin" zuweist. Wenn auch im Sueden die grosse Mehrheit der Familien von den Frauen ernaeht wird, und nur gerade 30% der Haushalte nach dem "Mann als Ernaeher"-Modell funktionieren.

## **Informalisierte Frauenarbeit als Bedingung**

Das kapitalistische Patriarchat entwertet die volkswirtschaftlich erfasste Frauenarbeit zu blosser "Zuverdienerinnen-Arbeit". Den grossten Teil der Frauenarbeit - Haus- und Subsistenzarbeit im Sueden, blosser Hausarbeit mit allem drum und dran im Norden - jedoch wird ueberhaupt gar nicht als Arbeit angesehen, sondern als "Liebesdienst" oder "ihrer Natur entsprechende Taetigkeit" definiert. Neben der eingangs beschriebenen Arbeit in einer "Weltmarktfabrik" dehnt sich der informelle Sektor auf verschiedene Bereiche aus: Heimarbeit, illegalisierte Arbeit in der Landwirtschaft, Dienstboten- und Hausangestelltenarbeit, Strassenverkauf, Prostitution etc.: Alles ungeschuetzte, prekaere und risikoreiche Beschaeftigungen. Im informellen Sektor sind weltweit viel mehr Frauen beschaeftigt als im formellen Sektor(4). Doch gerade die in diesem Bereich un- oder unterbezahlt geleistete Produktions- und vor allem Reproduktionsarbeit ermoeoglicht das Funktionieren des Kapitalismus'. Was waere ein Bankdirektor ohne gebuegeltes Hemd? Was eine Versicherungsagentur, die nicht taeglich gereinigt wird? Was der gesamte Weltmarkt, wenn Frauen keine Kinder gratis austragen und erziehen wuerden? Wie wuerden Treffen der "global leaders", wie das WEF in Davos eines ist, ohne die entwertete Frauenarbeit funktionieren?

## **Umbruch in der geschlechtlichen Arbeitsteilung**

Die entloehnte Beschaeftigung von Frauen ist in den letzten 20 Jahren erheblich angestiegen. Das "Mann als Ernaeher"-Modell verliert in der Praxis an Bedeutung, doch sowohl die Hoehe der Entloehnung von Frauen wie auch die Errungenschaften des Sozialstaates richten sich nach wie vor danach, wenn auch in Westeuropa nur noch ein Drittel aller Haushalte(5) nach diesem Modell organisiert ist. Doch der seit dem 2. Weltkrieg sich ausbauende Sozialstaat - wo er jemals existiert hat - wird seit Anfang der neunziger Jahre immer "schlanker". Frauen sind als "Stosssaempfer des Sozialabbaus"(6) eingeplant, sei es durch das individuelle Zurueckkehren "an den Herd" oder durch die im sozialen Ehrenamt in erster Linie von Frauen geleistete Arbeit.

Die fuer den Fordismus zentrale Trennung zwischen Privatem und oeffentlichem, Reproduktion und Produktion, wird in der Globalisierung zunehmend verschoben, doch keineswegs in dem Sinne, wie es die neue Frauenbewegung forderte. Vielmehr muessen sich Frauen in einer Mischung von Arbeit in beiden Bereichen eine Existenzsicherung suchen. "Sie verrichten auf Abruf bezahlte Tele- und Heimarbeit in der privaten Sphaere (Haushalt), oder sie sind in sweatshops (weder privat noch oeffentlich reguliert) zu finden und haben vielfach ihre Babies auf den Ruecken geschmalt."(7)

## **Ethnisierung des informellen Sektors**

Informelle und abgewertete Arbeiten werden in den Metropolen vor allem von - zum Teil illegalisierten - Migrantinnen verrichtet. Seien es Heimarbeiterinnen in der Textil- und Elektronikindustrie, (meist illegalisierte) "Raumpflegerinnen" oder Sexarbeiterinnen, rechtlich ungeschuetzte Saisonarbeiterinnen im Gastgewerbe oder durch Heiratsvermittlung gekaufte Reproduktionsarbeiterinnen fuer europaeische Maenner mit dem Beduerfnis nach "gefuegigen natuerlichen nicht emanzipationsgeschaedigten Frauen": der Bedarf nach ausbeutbaren Frauen ist gross und wird durch die tendenzielle Feminisierung der Migration aus dem Sueden und Osten befriedigt.

Weisse, gutgebildete, sozialprivilegierte Frauen im Norden hingegen koennen durchaus mit den Maennern auf dem Arbeitsmarkt in der Finanz- und Geschaefswelt konkurrieren. Aber anstatt, dass ihre Maenner die Reproduktionsarbeit uebernehmen wuerden, werden dafuer Frauen unterer Schichten - meist (illegalisierte) Migrantinnen - eingestellt, die meist in ausbeutbaren ungeschuetzten Arbeitsverhaeltnissen, die Reproduktionsarbeit verrichten. Westliche sozialprivilegierte Frauen koennen sich also ihre "Emanzipation" auf Kosten auslaendischer Frauen aus unterprivilegierten Laender kaufen. Dies verdeutlicht, dass der Kategorie Geschlecht sowohl die Kategorie Ethnie als auch die Kategorie Klasse hinzugefuegt werden muss, um die geschlechtliche und internationale Arbeitsteilung zu begreifen.

## Tendenz zum flexibilisierten Normalarbeitsverhaeltnis

Die eingangs beschriebene Feminisierung der Lohnarbeit bezeichnet nicht nur die wachsende Anzahl Frauen, die eine (unter-) bezahlte Arbeit verrichten, sondern zeigt auch auf, dass zur Profitmaximierung immer "flexiblere" und "anspruchslosere" Arbeitskraefte herangezogen werden. So entsprechen Frauen mit ihren diskontinuierlichen Lohnarbeitsbiographien infolge von Schwangerschaft, unentgeltlicher Kindererziehung, Altenbetreuung etc. den Anforderungen des flexibilisierten und informalisierten Arbeitsmarktes. Diesen Anforderungen muessen je laenger je mehr alle entsprechen, die Arbeit suchen: Was bislang fuer Frauen galt, wird nun vermehrt auch zur Realitaet von Maennern.

Dennoch bleiben gewisse Kontinuitaeten bestehen: Die Lohnverteilung bleibt geschlechtsspezifisch, so verdienen beispielsweise in den USA weisse weibliche Erwerbstaetige gerade 74%, afro-amerikanische Frauen nur gerade 65% und Latinas lediglich 57% der maennlichen Durchschnittseinkommen(8). So auch in der Schweiz: Die Loehne der Frauen sind im Durchschnitt deutlich tiefer als jene der Maenner. Im privaten Sektor besteht eine Lohndifferenz von 23% zwischen dem standardisierten monatlichen Bruttolohn der Frauen und dem der Maenner. Im oeffentlichen Sektor macht dieser Unterschied 13% aus. Betrachten wir die Niedrigloehne, sticht der Geschlechterunterschied besonders hervor: Einen monatlichen Nettolohn unter 3700 Franken haben im privaten und oeffentlichen Sektor zusammen rund 40% der vollzeitbeschaeftigten Frauen, dagegen nur 10% der vollzeitbeschaeftigten Maenner(9).

## Kontinuitaet des Kapitalismus und Ansaetze von Widerstaendigkeiten

Die bedeutendste Kontinuitaet bildet immer noch die Verteilung der unentgeltlichen Haus- und Subsistenzarbeit. So wird beispielsweise in der Schweiz in Paarhaushalten mit Kindern unter 15 Jahren die Haus- und Familienarbeit zu 90% von Frauen verrichtet, zu 7% gemeinsam, zu 2% verrichtet sie jemand anderes und nur zu 1% von Maennern(10). Bestehen bleibt sie sogar dort, wo Maenner durch weniger Lohnarbeit als ihre Partnerinnen fuer die Hausarbeit Zeit haetten. Fuer Frauen bedeutet es eine Mehrfachbelastung zwischen Lohnarbeit, Kindererziehung, Hausarbeit, Gartenarbeit, politischer Aktivi-taet, gemeinnuetzigem Ehrenamt...Der Staat spart auf dem Buckel von Frauen, so werden beispielsweise Krippenplaetze abgebaut, die Altenbetreuung privatisiert oder die Mutterschaftsversicherung nur zoe-gerlichst eingefuehrt. Dies verdeutlicht, dass der Staat weder die Geschlechterhierarchien aufheben kann noch will. Es heisst aber keineswegs, diese Aufgaben nicht mehr vom Staat einzufordern, sondern, dass wir, statt nur auf den Staat zu setzten, eine Repolitisierung unseres Alltages und die "Veralltaeglichung" der Politik fordern und umsetzen. Dies wuerde heissen, anstatt nur die Machenschaften der "Grossen und Boesen" auf makrooekonomischer Ebene anzugreifen, die Auswirkungen auf den Alltag in den Metropolen und im Trikont nicht nur am Rande zu betrachten und die Widerstaendigkeiten und autonomen Selbst-organisierungen auf der alltaeglichen Ebene ins Zentrum zu ruecken. Denn ausgehend von der Identitaet von "Weg und Ziel" muessen wir nach Lebensformen suchen, in denen unbezahlte und bezahlte Arbeit - sei es nun Produktions- oder Reproduktionsarbeit - gleichgewertet und von Maennern und Frauen gleich-maessig getragen wird. Denn eine Kapitalismuskritik, die auf dieser Ebene ansetzt und praktiziert wird, stoert mehr als alle antikapitalistischen und klassenkampferischen Parolen die Akkumulationslogik des "freien" Marktes.

## Anmerkungen

1. Titel eines Artikels von Manuela Reimann in der FriZ 3/38
2. United Nations, 1994 World Survey on the Role of women in Development. Women in a Changing Global Economy, New York 1995
3. ebenda
4. Brigitte Young, in "Genderregime und -staat in der globalen Netzwerkoekonomie" in Prokla 111, Juni 1998
5. Gisela Notz, anlaesslich eines Referates ueber Feminisierung der Armut a, Kongress "Neoliberalismus weltweit" in Muenster im November 1998
6. Christa Wichterich in "Callgirls der Globalisierung" in ak 420, 19.11.98
7. siehe 4
8. siehe 6
9. Bundesamt fuer Statistik, Faltprospekt: Auf den Weg zur Gleichstellung?, 1998
10. ebenda.

## 5 Frauenmigration

### Zwischen Unsichtbarkeit und ueberlebensstrategien

Migration ist nicht nur ein Begriff, unter dem sich Millionen von Menschen finden, er benennt auch einen oekonomischen Faktor, der aus dem herrschenden Weltwirtschaftssystem nicht mehr wegzudenken ist. Eine der Hauptursachen fuer Migration ist die Internationalisierung der oekonomie. So sind Migrationsbewegungen nicht als Folge des Weltmarktes, sondern als dessen wesentliche Grundlage zu verstehen.

Im Mittelpunkt der sogenannten Industrienationen Europa, USA und Japan steht als Folge der Globalisierung die Idee, dass Produkte, Kapital, Informationen und Dienstleistungen frei fließen können und nationale Grenzen keine Rolle mehr spielen. Für Menschen hingegen gilt dies nicht. Die Wohlstandsinself Europas schotteten sich gegenüber MigrantInnen ab. Doch die so heraufbeschworene “Festung Europa“, die auch real immer mehr einer Festung gleicht, ist nicht unabhängig, muss also von aussen versorgt werden. Ausserdem beruht der Wohlstand u.a. auf der billigen Arbeitskraft “rechtloser“ MigrantInnen.

Europaweit wird mit der Migration eine populistische Politik betrieben, Begriffe wie “Migrationsstroeme“, “ueberfremdung“, etc. werden tagtaeglich reproduziert und damit salonfaehig. Zu sagen ist einerseits, dass die Hauptmigrationsbewegungen in kleinen Distanzen statt finden, vom Land in die Stadt, oder in Nachbarlaender. Den Schritt ueber diese Binnenmigration hinaus machen nur die allerwenigsten. Der groesste Teil der Migrantinnen kommt also gar nie in die sogenannten industrialisierten Laender. Andererseits erfuellen die MigrantInnen, die die “Festung“ voruebergehend oder laengerfristig beleben, unentbehrliche oekonomische Funktionen.

### Die Zerstoerung der Lebensgrundlage in den Herkunfts-laendern...

Vorwegnehmend ist zu sagen, dass Begriffe wie Herkunfts- und Ziellaender von zeitlich beschaenktter Gueltigkeit sind. So war beispielsweise die Schweiz im 19. Jahrhundert ein eigentliches Auswanderungsland, Brasilien hingegen ein Zielland vieler europaeischer MigrantInnen. Einige osteuropaeische Laender sind heute sowohl Herkunfts- als auch Ziellaender. Waehrend ein Teil ihrer Bevoelkerung in den Westen emigriert, reisen MigrantInnen aus Laendern des Suedens oder umliegenden, wirtschaftlich schwaecheren Nachbarstaaten ein. Seit den 70-er Jahren ist eine verstaerkte Migration zu verzeichnen. Dies steht u.a. im Zusammenhang mit der Verschuldungskrise, welche durch den Preiszerfall der Rohstoffe auf dem Weltmarkt ihren Anfang nahm. Mexiko, Brasilien, Dominikanische Republik, Philippinen etc. sind gezwungen, immer mehr Geld fuer Zinsleistungen an Kredite der Weltbank, westliche Banken und den IWF aufzubringen. Kredite werden nur noch vergeben, wenn Strukturanpassungsprogramme durchgefuehrt werden. Diese “Sanierungsprogramme“ haben mitunter zur Folge, dass eine grosse Abhaengigkeit entsteht, die Subsistenzgrundlagen zerstoert werden, die Arbeitslosigkeit massiv ansteigt. Grundnahrungsmittel verteuern sich, Loehne werden eingefroren, Gesundheits- und Sozialwesen brechen zusammen. Diese Bedingungen schaffen in den Herkunfts-laendern die Voraussetzungen zur Migration.

### ... und die Nachfrage in den Ziellaendern

Zu diesen prekaeren Bedingungen in Laendern des Suedens und Ostens gesellt sich die Nachfrage nach bestimmten Migrantinnen in den sogenannten Industrielaendern, die die Migration erst ermoeglichen. Hierzu gehoert beispielsweise die in allen europaeischen Ziellaendern herrschende Nachfrage nach billigen, “unterwuerfigen“ weiblichen Arbeitskraefte im Dienstleistungssektor, nach “exotischen“ Frauen im Unterhaltungssektor, sei dies in der Prostitution, in der Animation oder im Striptease, sowie nach “gefuegigen“, “duldsamen“ und “exotischen“ Ehefrauen.

### ... erklaren nicht alles: Die Funktion von Investitionen

Betrachten wir die weltweite Migration, so wird deutlich, dass Menschen nicht aus allen Laendern der Suedens migrieren und nicht unbedingt aus den aermsten Laendern. Saskia Sassen<sup>1</sup> verdeutlicht an Beispielen von Europa, den USA und Japan (den wichtigsten Immigrationszielen), wie die Globalisierung der Wirtschaft mittels Direktinvestitionen Migration beeinflusst. Sassen verneint nicht, dass Armut Migration ausloesen kann. Sie spricht jedoch den Bruecken, die durch die Internationalisierung der Wirtschaft zwischen Herkunfts- und Ziellaendern entstehen, groessere Bedeutung zu. Die Internationalisierung der Wirtschaft hat u.a. zum Aufbau von politischen, militaerischen und oekonomischen Beziehungen zwischen

gewissen Laendern gefuehrt hat. Diese Bruecken oder Beziehungen beeinflussen die Migrationsbewegungen ganz direkt.

## **Und die Frauen?**

Durch diese Direktinvestitionen, die durch die oekonomische Internationalisierung beguenstigt werden und deregulierend wirken, werden die Subsistenzgrundlagen und folglich die Arbeits- und Lebensstrukturen in vielen Laendern des Suedens und Ostens zunehmend zerstoert. Frauen sind besonders davon betroffen. In zwei Dritteln der Haushalte in des Suedens sind Frauen die Hauptverantwortlichen. Das heisst, sie sind nebst Reproduktions- und Erziehungsarbeiten auch fuer den finanziellen Unterhalt der Familie zustaendig. In der immer prekaerer werdenden Situation ist Migration eine moegliche ueberlebensstrategie, die mit vielen Risiken und Gefahren verbunden ist. Wenn von offizieller Seite von Migration gesprochen wird, wird dies meistens in Zusammenhang mit maennlicher Arbeitsmigration gebracht. So werden Migrantinnen im jaehrlichen Bericht der OECD ueber Arbeitsmigration (SOPEMI) ausschliesslich in Verbindung mit Familien und Kindern erwaehnt. Selten wird in Betracht gezogen, dass sich weltweit immer mehr Frauen zur Migration gezwungen sehen und es Laender oder ganze Regionen gibt, wo Frauen mehr als die Haelfte der Migrierenden ausmachen. So betrug zum Beispiel in Europa bereits 1990 der Anteil der Frauen am Bestand der auslaendischen Bevoelkerung 46.3 Prozent<sup>2</sup>. Auch in den USA stellen Frauen mehr als die Haelfte der jaehrlichen EinwandererInnen dar<sup>3</sup>. Frauen erfuellen auf dem Weltmarkt im Gegensatz zu maennlichen Migranten mehrere Funktionen, die eng mit ihrem Geschlecht verbunden sind. Dadurch haben sich spezifische, ausschliesslich weibliche Formen der Migration entwickelt: Hausangestellte, Heiratsmigrantinnen, Cabaret-Taenzerinnen, Prostituierte und Krankenschwestern. Diese Arbeit findet meist im informellen Sektor statt, d.h. sie wird gemaess Interesse des System unsichtbar gemacht, ist jedoch unabdingbare Voraussetzung, damit eine Gesellschaft ueberhaupt funktionieren kann. Migrantinnen werden damit auf reproduktive Funktionen reduziert und in Abhaengigkeiten und absolut unsichere Lebenssituationen getrieben.

## **Und die Schweiz?**

In der Schweiz und praktisch allen westeuropaeischen Laendern bleiben Migrantinnen aus Laendern des Suedens und Ostens - abgesehen von wenigen Ausnahmen - legale Aufenthalts- und Arbeitsmoeglichkeiten de facto verwehrt. Denn die Zulassungspolitik basiert ausschliesslich auf marktwirtschaftlichen Kriterien. Aufgrund der auslaenderrechtlichen Gesetzgebung haben Frauen aus Afrika, Asien, Lateinamerika, Osteuropa nur drei Moeglichkeiten, in die Schweiz zu migrieren: Als Ehefrauen, als Cabaret-Taenzerinnen und als Touristinnen. Frauen aus Laendern des Suedens und Ostens duerfen also nur Arbeiten ausfuehren, die eng mit ihrem Geschlecht verbunden sind. Zudem handelt es sich bei allen drei Formen um ungesicherte Migrationsverhaeltnisse, die oft in die Illegalisierung mueden.

## **Heirat**

Migrierende Frauen erhalten eine Aufenthaltsbewilligung, wenn sie einen Schweizer oder einen in der Schweiz lebenden Auslaender heiraten, der im Besitz einer Niederlassungs- oder Jahresaufenthaltsbewilligung ist. Es ist eine bekannte Tatsache, dass Frauen auf dem Heiratsmarkt angeboten werden und "austauschbar" sind. Der Heiratshandel manifestiert sich dabei als eine legalisierte Form des Frauenhandels, die einerseits durch die Ausnutzung der schwierigen Lebenslage der Frauen und andererseits durch eine ausgepraegt sexistische und rassistische Ausbeutung gekennzeichnet ist. Im Falle einer Scheidung oder dem Tod des Ehemannes vor Ablauf der drei, bzw. fuenf Jahre verliert die Frau jedes Anrecht auf eine Aufenthaltsbewilligung und muss - falls sie keine Kinder hat - die Schweiz verlassen. Will sie in der Schweiz bleiben, wird sie illegalisiert<sup>4</sup>. Die Folge dieser auslaenderrechtlichen Regelung ist die verstaerkte Abhaengigkeit von ihrem Ehemann. Oft wird diese Zwangssituation ausgenuetzt und Frauen muessen physische, sexuelle und psychische Gewalt ertragen, um nicht in die Illegalisierung gedraengt zu werden. Die Frau hat nicht die Moeglichkeit, aus einer schwierigen oder von Gewalt gepraeagten Ehe auszubrechen, ohne gleichzeitig den Entscheid ueber die Rueckkehr ins Heimatland faellen zu muessen.

## Migration durch das "Artistinnen-Visum"

Eine weitere Migrationsform fuer Frauen aus dem Sueden und Osten ist die sog. Artistinnen-Bewilligung L, mit der Migrantinnen fuer max. 8 Monate pro Jahr als Cabaret-Taenzerinnen zugelassen sind. Der Aufenthalts- und Arbeitsstatus einer Taenzerin ist nach auslaenderrechtlichen Bestimmungen vollkommen legal. Neben der Tanztaetigkeit - sie besteht aus mehreren Tanzauftritten pro Abend, bei denen sich die Frau nackt ausziehen muss - besteht ihre Hauptfunktion in der Animation von Alkoholika, vorwiegend Champagner. Animation ist in den meisten Schweizer Kantonen verboten. Zudem werden viele Frauen zur Prostitution angehalten was aber ebenso illegal ist. Werden Frauen bei der Ausuebung dieser illegalen Taetigkeiten erwischt, so haben sie mit Konsequenzen zu rechnen, nicht aber die Hintermaenner, die sie dazu anhalten oder zwingen und davon profitieren. Auch der Staat verdient an den Cabaret-Taenzerinnen kraeftig mit, da er neben fehlender Rueckerstattung von Sozialabgaben (ca. 12 Millionen Franken AHV-Gelder jaehrlich) auch Quellensteuern einnimmt. Bei einem Quellensteuer-Abzug von Fr. 400.- pro Monat nimmt der Staat mit 2'000 Taenzerinnen ca. 9,5 Millionen Franken jaehrlich ein.

## Migration als Touristin

Viele Frauen reisen mit einem Touristinnen-Visum ein, das fuer maximal drei Monate gueltig ist. Eine Erwerbstaetigkeit ist fuer TouristInnen verboten und stellt einen Ausschaffungsgrund dar. Frauen, die als Touristinnen in die Schweiz kommen, arbeiten haeufig im Sex- und Haushaltsbereich sowie teilweise in der Industrie. Sie sind extrem ausbeutbar, da sie jederzeit riskieren, in Ausschaffungshaft genommen und ausgewiesen zu werden.

## Illegalisierung

Es wird geschaezt, dass ungefaehr 100'000 - 150'000 Menschen illegalisiert in der Schweiz leben, davon die Mehrheit Frauen (Quellen: Gewerkschaften, Arbenz-Bericht). Die Zwangslage, in der sich illegalisierte Migrantinnen in Haushalten oder im Sexbusiness befinden, wird von Zuhaeltern, Arbeitgebern, Freiern, Frauenhaendlern oft skrupellos ausgenutzt.

Je restriktiver die auslaenderrechtlichen Bestimmungen fuer Personen aus dem Sueden und Osten sind, desto mehr wird die (Frauen-)Migration in die Illegalitaet abgedraengt. Konsequenzen davon sind mitunter, dass die Migration fuer Frauen noch teurer und gefaehrlicher wird. Fuer Schlepper, Frauenhaendler und illegale ArbeitgeberInnen wird sie noch rentabler.

Gerade im Bereich der illegalisierten Hausangestellten und bei Sexarbeiterinnen wird die gesellschaftliche Doppelmoral besonders deutlich: Illegalisierte Migrantinnen werden aufgrund der bestehenden Nachfrage geduldet. Sobald sie jedoch oeffentlich werden, droht ihnen die Ausweisung. Wie bereits dargestellt wurde, stehen Migrantinnen in der Schweiz aufgrund der migrationspolitischen Bedingungen keine selbstaendigen Immigrationsmoeglichkeiten offen. Sie werden auf reproduktive Funktionen reduziert und in Abhaengigkeitsverhaeltnisse getrieben. Frauen aus Asien, Afrika, Lateinamerika und Osteuropa koennen nur mittels Heirat eine Aufenthaltsmoeglichkeit erhalten. Kurzaufenthalterinnen aus zwei Dritteln der Welt werden vollstaendig in die Sexarbeit gezwungen (Taenzerinnen-Visum, erduldet Prostitution). Weitere legale Aufenthaltsmoeglichkeiten sind den Frauen verbaut. Diese strukturelle Benachteiligung beguenstigt die Ausbeutung von Migrantinnen. Damit wird deutlich, dass Illegalisierung auf die Globalisierung des Weltmarktes zurueckzufuehren ist.

## FIZ Zuerich

Zusammengestellt aus Vortraegen, Artikeln und Rundbriefen des FIZ, Fraueninformationszentrum fuer Frauen aus Afrika, Asien und Lateinamerika, Zuerich, Nov. 1998, do. Quellen:

- FIZ-Material, Rundbriefe, Artikel und Vor traege
- Karrer, Le Breton, Turtschi: Entschieden im Abseits - Frauen in der Migration. Zuerich 1996
- Sassen, Saskia: Migranten, Siedler, Fluechtlinge. Frankfurt a.M. 1996
- BFA: ZAR-Auszug Bundesamt fuer Statistik, Sek. Bevoelkerungsentwicklung
- International Labour Office, 1996, International Labour Migration of Asia Woman: Distinctive Characteristics and Policy Concerns. ILO, Geneva.
- Potts, Lydia, 1993, Migrantinnen im Weltmarkt fuer Arbeitskraft. In: Arbeitsgruppe 501 (Hg.): Heute hier - morgenfort. Migration, Rassismus und die(Un)Ordnung des Weltmarkts. Freiburg i.B.

## Anmerkungen

1. Saskia Sassen, Professorin fuer Stadtplanung in den New York, arbeitet u.a. zu Migration.
2. SOPEMI (System d'observation permanente pour les migrations) 1993, in Sassen 1996: S. 213 ff.
3. Potts 1993: S. 84
4. Mit dem Friedensnobelpreistraeger Elie Wiesel teilen wir die Auffassung, dass Menschen als Menschen nicht illegal sein koennen. Die Bezeichnung "Illegalisierung bzw. illegalisierte Migrantinnen" soll sichtbar machen, dass Menschen seitens des Nationalstaates von den Menschenrechten auf Leben, Freiheit und Sicherheit vollstaendig ausgeschlossen werden. Denn "Illegalisierung" bedeutet umfassende Rechtlosigkeit.

## 6 Das Suedostanatolienprojekt GAP Ein Diskussionsbeitrag zu Modernisierung als Aufstandsbekaempfung

Der folgende Artikel bewegt sich auf zwei verschiedenen Ebenen, die aber ein gemeinsames Ziel verfolgen. Erstens soll auf das Suedostanatolienprojekt GAP eingegangen werden. Bei diesem bislang ehrgeizigsten Modernisierungsprojekt in der Geschichte der Tuerkei sollen die vorher bewusst unterentwickelt gehaltenen kurdischen Regionen in den Weltmarkt und den tuerkischen Staat zwangsintegriert werden. Neben den oekologischen und geostrategischen Auswirkungen des GAP, geht es hier vor allem darum, seine Funktion als Aufstandsbekaempfungprojekt sichtbar zu machen. Damit sind wir bei der zweiten Ebene angelangt: es gilt, das GAP als ein Beispiel einer Modernisierungsoffensive in einem allgemeinerem, theoretischen Rahmen darzustellen.<sup>1</sup>

Am 30. November 1998 fiel der Entscheid der Schweizer Regierung zugunsten der Konzerne ABB Schweiz und Sulzer Hydro. Ihr Antrag auf Gewaehrung einer Exportrisikogarantie (ERG) in der Hoehe von fast einer halben Milliarde Schweizer Franken fuer den Bau des Ilisu-Staudammes im kurdischen Suedosten der Tuerkei wurde deutlich gutgeheissen. Bewogen dazu haben sie die Zusagen der tuerkischen Regierung ueber "Abfederungsmassnahmen" bei den oekologischen Auswirkungen und den notwendigen Umsiedlungen in der Folge des Projektes. Durch das Stauen der Fluesse wird die Wasserqualitaet verschlechtert und Krankheiten wie Malaria werden wieder aufkommen. Bis zu 20'000 Menschen muessen ihr Land verlassen; dazu kommen der behauptete, erhoehte Energiebedarf der Tuerkei und gesicherte Arbeitsplaetze in der Schweiz. Wuerde die Tuerkei allerdings in die Wartung ihrer bestehenden Anlagen investieren, gewaenne sie 4.5 mal mehr Strom als Ilisu je produzieren wird.

### Der Deal von Davos

30. Januar 1984. Am Davoser Management-Symposium, dem heutigen "World Economic Forum", verkundete der damalige und inzwischen verstorbene tuerkische Ministerpraesident Turgut Oezal, dass ein Schweizer Konsortium unter der Fuehrung von Sulzer Hydro Escher Wyss den Auftrag erhalten werde, fuer eines der grossten Wasserkraftwerke der Welt zu arbeiten. Die Finanzierung des Ataturk-Staudammes uebernahm die SBG (heute: UBS), unter der Bedingung der Gewaehrung einer ERG. Auch damals wurde sie trotz starker Opposition bewilligt. Nicht zuletzt dank des Einsatzes des damaligen SMUV-Praesidenten Fritz Reimann, dem ein paar Schweizer Arbeitsplaetze wichtiger waren als die vertriebenen 55'000 zumeist kurdischen Kleinbaeuerinnen und Kleinbauern. Viele von ihnen kamen als Asylsuchende in die Schweiz, wo sie als "Wirtschaftsfluechtlinge" denunziert, bald wieder ausgeschafft wurden.

### "Tuerkei - Terrorist"

Die tuerkische Republik versteht sich seit seiner Gruendung von 1923 (Lausanner Vertrag) als ein Staat mit einem Staatsvolk. Kurdinnen und Kurden existieren nicht, nur "BergtuerkInnen". Folge war von Anfang an eine Repression gegen kurdische Menschen, die sich ihrer Zwangsassimilierung widersetzen. Ende der 70er Jahre entstand das erste Mal seit 40 Jahren wieder eine starke kurdische Bewegung, die durch den Militaerputsch 1980 fast ganz zerschlagen wurde. Die Tuerkei glich einem hoffnungslosen, riesigen Gefaengnis, als im August 1984 erstmals GuerillakaempferInnen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) Stellungen des tuerkischen Militaers angriffen und damit wieder einen Funken Hoffnung aufleben liessen. Die Befreiungsbewegung erhielt riesigen Zulauf, bis es Anfang der 90er Jahre zu einem regelrechten Volksaufstand in Nordwestkurdistan kam: die kurdische Intifada. Die Guerilla nahm Staedte ein und erklaerte

sie zu befreien Gebieten. Die Antwort der tuerkischen Militaers war die Ausweitung des Krieges auf die gesamte kurdische Zivilbevoelkerung. Tausende von Doerfern wurden zerstoert, um die Versorgung der Guerilla in den Bergen zu unterbinden. Tausende Oppositionelle wurden willkuerlich verhaftet, gefoltert oder getoetet.

## **Investitionen in Kriegs- und Krisengebiete?**

Das GAP wird in den kurdischen Provinzen Gaziantep, Adiyaman, Urfa, Diyarbakir, Mardin und Siirt an der Grenze zu Syrien und Irak realisiert. Die Provinzen stehen seit 1978 ununterbrochen unter Ausnahme-recht. Viele Gebiete sind bis heute Hauptkampfgebiete, besonders das oestliche GAP-Gebiet und die sich anschliessende Botan-Region. Die GAP-Baustellen werden vom tuerkischen Staat militaerisch geschuetzt. Die Schweiz ist der mit Abstand groesste auslaendische Investor in das insgesamt 22 Staudaemme und 19 Kraftwerke umfassende Projekt. 1984 ermoeeglichte sie mit ihrer Zustimmung zum Bau des 179 Meter hohen Atatuerk-Staudammes die Realisierung des Herzstueckes des GAP. IWF und Weltbank hatten sich naemlich davor gegen das Projekt ausgesprochen. Die oekologischen und zwischenstaatlichen Folgen seien unabschaetzbar. Mit dem GAP bekommt die Tuerkei die Kontrolle ueber die beiden groessten Fluesse des Nahen Ostens, Euphrat und Tigris, in ihre Haende. Damit kann sie den suedlichen Nachbarstaaten jederzeit das Wasser abstellen und diese so aussenpolitisch erpressen. So zum Beispiel Syrien, das bis vor kurzem noch die PKK unterstuetzte.

## **Die “humanitaere Schweiz“**

Aussenpolitische Grundsaeetze der Schweiz: eine Entwicklung, welche die Menschen und die Umwelt respektiert; friedliche, durch das Recht geregelte Beziehungen zwischen den Staaten; Neutralitaet in zwischenstaatlichen Konflikten; Foerderung von Demokratie und Menschenrechten. Mit der Gewaehrung der ERG's fuer das GAP verstieess die Schweiz also einmal mehr trotz gegenteiliger Beteuerungen gegen all ihre eigenen Grundsaeetze, die seit der Nazigold-Debatte zum Standardrepertoire aller Schweizer PolitikerInnen gehoeren. Auch mit 50 Jahren Abstand laesst sich ueber die NS-Kollaboration nur isoliert reden. Wehe, wer da eine historische Kontinuitaet bis nach Chile, Guatemala, Suedafrika und der Tuerkei sieht. “Wir SchweizerInnen“ wollen doch nicht TotengraeberInnen “unseres eigenen“ Reichtums sein! Wie drueckte es da doch der Konzernleiter der Novartis, Daniel Vasella, anlaesslich der EDA-Tagung “Wirtschaft und Menschenrechte“ so schoen aus: “Und dabei wollen wir Geld verdienen.“ Aber eben, dass die Schweiz viel Dreck am Stecken hat und staendig neuer dazu kommt, ist kalter Kaffee. Viel interessanter ist es doch, zu schauen, warum ein Projekt, wie das GAP, in einer als unterentwickelt und instabil bezeichneten Region gebaut wird. Das beim ERG-Entscheid angetoente “Laenderrisiko Tuerkei“ laesst den Schluss zu, dass es sich beim GAP kaum um einen pflegeleichten Goldesel handeln kann. Dann doch schon eher um ein militaerstrategisches Projekt des NATO-Staates Tuerkei gegen die suedlichen, arabischen Nachbarn und die KurdInnen, deren Befreiungsbewegung mit rein militaerischen Mitteln nicht beizukommen ist.

## **Modernisierung als Aufstandsbekaempfung**

Erste Plaene fuer eine Modernisierung/Industrialisierung des kurdischen Teils der Tuerkei gibt es seit den 30er Jahren. Damals, zwischen 1925 und 1939 erfolgten viele Aufstaende der kurdischen Bevoelkerung mit verschiedenen regionalen Schwerpunkten. Die gesamte Aufstandsbewegung der BauernpartisanInnen wurde militaerisch vernichtet. Zwei Millionen Menschen wurden ermordet. Hunderttausende wurden vor allem in die Westtuerkei deportiert, wo sie schneller “tuerkisiert“ werden sollten. Voelkermord, ein Metier, das die kemalistische Tuerkei vom Osmanischen Reich nahtlos uebernahm. Seit dem Genozid an den ArmenierInnen 1914 schwebt die Voelkermorddrohung naemlich permanent ueber den in der Tuerkei lebenden Minderheiten.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes von Dersim (1936-1939) entstanden Plaene fuer den Bau von Wasserkraftwerken in diesem Gebiet. Diese wurden damals aber nicht weiter verfolgt. Erst 1958 folgten weitere Untersuchungen. 1960 wurde vom staatlichen Wasserbauamt (DSI) eine kleinere Ausgabe des GAP als “Unteres Euphrat-Projekt“ geplant. Doch erst Ende der 70er Jahre wurde mit der Umsetzung der Plaene begonnen. In einer Zeit, als das erste mal seit den 30er Jahren wieder eine starke kurdische Bewegung entstand. Der Bau von Wasserkraftwerken wurde der hochverschuldeten Tuerkei auch vom IWF empfohlen, um die Importabhaengigkeit vom Erdoel (oelkrise 1973) zu verringern und so Schulden abzubauen. Da sich aber die gesamten IWF-Auflagen gegen die linken Mobilisierungen nicht durchsetzen

liessen und die Tuerkei aus der Sicht des "freien Westens" keinesfalls ein linkes Land werden durfte, putschten am 12. September 1980 die tuerkischen Generaale in Absprache mit der NATO. Erst unter dem brutalen Terror konnten die "Reformen" durchgesetzt werden. Innert kuerzester Zeit wurden aus den Schubladen der Militaerdiktatur die Plaene fuer das GAP hervorgezaubert. Wegen der Brutalitaet der faschistischen Junta hielten sich viele Staaten mit Investitionen in der Tuerkei zurueck. Nicht so die Schweiz, die, wie oben schon erwaeht, mit der offiziellen staatlichen Unterstuetzung von ABB und Sulzer fuer den Bau des Atatuerk-Staudammes die Tuerkei international bedeutend aufwertete. Die Schweiz, die trotz gegenteiliger Realitaet, international den Ruf genieisst (oder unterdessen besser "genoss"?), so demokratisch und menschenrechtskonform zu sein.

## **Exkurs: Weltwirtschaftskrise der 30er und baeuerlicher Widerstand**

Gehen wir noch einmal in die spaeten 20er und fruehen 30er Jahre zurueck, zum Aufstand von Dersim. Der stark agrarisch-feudalistisch gepraeagte kurdische Suedosten war nicht der einzige Ort auf der Welt mit der gleichen sozio-oekonomischen Struktur, der sich damals in Aufruhr befand. Ueberall erhoben sich baeuerliche Guerillabewegungen: Vom fernen zum mittleren und nahen Osten, Suedosteuropa und die iberische Halbinsel, bis nach Lateinamerika, wo beispielsweise ein gewisser Sandino in Nicaragua den Yankees tuechtig einheizte. Es war der gleiche Kampfzyklus, ein Kampf, der der eigentliche Ausloeser fuer die sogenannte "Weltwirtschaftskrise" in den 30ern war. Gewinnbringende Investitionen in der Peripherie waren blockiert, fuer das imperialistische Kapital nicht durchsetzbar. Es scheiterte am undurchdringbaren Geflecht der peripheren Sozialstrukturen, die weitestgehend Selbstversorgung (Subsistenz) betrieben. Einen Entwicklungsschub konnte es nur geben, wenn die baeuerlichen Sozialstrukturen zerschlagen wurden, wie das der bolschewistische Entwicklungs-rassismus in der Sowjetunion in jener Zeit den imperialistischen Maechten vordemonstrierte: Im Kampf gegen die sozialrevolutionaeren Baeuerinnen, Bauern und BauernarbeiterInnen blieben Millionen Tote auf der Strecke. (Trotzki, der die Rote Armee aufbaute, sprach in diesem Zusammenhang von den Baeuerinnen und Bauern als einer "kompakten Masse von Heuschrecken".) Die Zerschlagung laendlicher Subsistenz- und Solidarstrukturen war die Voraussetzung fuer eine Rationalisierung der Landwirtschaft, die Millionen von Menschen zu "ueberfluessigen Essern" machte. Die Menschen, die Subsistenzwirtschaft betreiben, moegen arm sein, aber immerhin ist die Lebensmittelversorgung mehr oder weniger gesichert. Es gibt ein Recht auf Existenz, wobei es allerdings die patriarchalische Auspraegung zu bedenken ist. Dieses nicht zu idealisierende Existenzrecht gibt es im Kapitalismus nicht mehr gibt. In den Augen des "Fortschrittes", egal ob tayloristisch/keynesianisch, realsozialistisch oder nationalsozialistisch, galt die Subsistenzproduktion als unproduktiv, ineffizient und rueckstaendig. Ziel des Fortschritts war die Zerstoerung der kommunitaeren Dorfgemeinschaften, Erbsitten, Frauenmacht im Versorgungsgedanken etc. Zum Fortschritt zaehlten nicht nur irgendwelche Kapitalstrategen sondern ebenso grosse Teile der Sozialdemokratie und der ArbeiterInnenklasse. Indem auch sie technologischen -auch sozialtechnologischen und sozialhygienischen- Neuerungen unkritisch, wenn nicht gar begeistert, gegenueberstanden, wurden sie ebenso zu Traegern dieses Entwicklungs-rassismus. Dieser identifizierte sich in seiner zivilisatorischen Mission mit eben jenem technischen Fortschritt, der die Existenzberechtigung der peripheren Sozialstrukturen an den metropolitanen Modernisierungsanforderungen mass und bis heute misst (Materialien fuer einen neuen Antiimperialismus 5, Seite 63).

## **"Gruene Revolution" und Bevoelkerungspolitik**

Nach der Vernichtung der ost- und suedosteuropaeischen Subsistenz durch den Nationalsozialismus, verfolgte das internationale Kapital nach 1945 unter der Fuehrung der USA dasselbe Ziel mit "zivilisatorischen Mitteln". Dass die US-Strategie von den Nazis abgekupfert war, sticht ins Auge: Organisierung der oekonomie in einem Grossraum mit Leitwaehrungsstruktur, internationaler Arbeitsteilung einer abhaengigen Entwicklung von Kapitalexport gegen Rohstoff- und Nahrungsmittelimporte, erzwungene Komplementaritaet der Produktionsstruktur. Der Kern der nationalsozialistischen "Neuen Ordnung" fuer Europa wurde auf Weltniveau hochkopiert, was nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus 1989 auch global durchsetzbar geworden ist. Die durch die Grossraumrationalisierung "ueberfluessig" gewordenen Menschen wurden nach 1945 nicht mehr in Todesfabriken industriell ermordet, sondern ganz liberal sich selbst ueberlassen: Landflucht, Hungertod. Die "Gruene Revolution", der Durchbruch des Agrobusiness im Trikont, zerstoerte mit der Subsistenz die Nahrungssicherheit des Suedens. Weil die Bilder verhungerner Kinder im TV nicht so schoen anzugucken sind, wird seit laengerer Zeit mittels modernster Gen- und Reproduktionstechnologie versucht, den Genozid an der trikontinentalen Armutsbevoelkerung



in den pränatalen Bereich vorzuverlagern. Diese Massnahmen treffen in erster Linie und fast ausschliesslich Frauen. So werden beispielsweise Nahrungsmittelhilfen fuer Hungernde von Sterilisationen abhaengig gemacht (siehe: Ingrid Strobl, strange fruit, 1991). Hier hinein passt natuerlich die heutige Situation auf dem indischen Subkontinent, die von Anti-WTO Gruppen oft thematisiert wird: hier gehen die endgueltige Durchdringung der indischen oekonomie durch das multinationale, hochtechnologisierte Agrobusiness und bevoelkerungspolitische Massnahmen Hand in Hand. Wenn zum Beispiel Reisfelder indischer BaeuereInnen von Multis zu Garnelenfarmen umfunktioniert, dabei die Boeden innert kuerzester Zeit versalzen und gleichzeitig in diesen Gebieten mit Entwicklungsgeldern Frauen sterilisiert werden, damit ihre Kinder nicht zu verhungern brauchen oder sich etwa gar gegen die Herrschaft der Multis zur Wehr setzen koennten.

## **Folgen und strategische Bedeutung des GAP**

Nach diesem wohl etwas verwirlichen tour d'horizon durch schwindlige Theoriegefilde zurueck zu den Millionen Kubikmeter Beton der GAP-Staudaemme und seinen Schweizer Helfern. Wie oben erwahnt, werden durch das GAP wiederum hunderttausende KurdInnen aus ihrem Land vertrieben. Der tuerkische Staat hat zwar Entschaedigungsgelder versprochen. Diese werden allerdings nur an Landbesitzende ausbezahlt. Da die Mehrheit der KurdInnen selbst kein Land besitzt, gehen sie einmal mehr leer aus. Genauso wie die drei Millionen Kriegsfluechtlinge werden sie wohl oder uebel in die Staedte ziehen muessen und dort die Armutsguertel, die Gecekondus, weiter anschwellen lassen. So stieg die Zahl der BewohnerInnen der kurdischen Stadt Diyarbakir innert weniger Jahre von 300'000 auf eineinhalb Millionen. Einmal in dieser Lage, beginnt der ueberlebenskampf im informellen Sektor, wo alle zu einem Einkommen beitragen muessen. So arbeiten Tausende kurdische Kinder als Schuhputzer.

Von den versprochenen 2,8 Millionen Arbeitsplaetzen werden die kurdischen Menschen kaum in grossem Stil profitieren koennen. Aufgrund ihres niedrigen Bildungsniveaus kommen fuer die meisten von ihnen sowieso nur die schlechtbezahltesten und ausbeuterischsten Arbeiten in Frage. Als ErntearbeiterInnen in der Harranebene zum Beispiel, die durch das angestaute Wasser des Atatuerk-Staudammes bewaessert wird. Bis zu fuenf Ernten erwarten die Propagan-distInnen des GAP in diesem Gebiet.

## **Oekologische Auswirkungen des exportorientierten Agrobusiness**

Eine hyperintensive Landwirtschaft mit entsprechenden oekologischen Folgen. Doch nicht nur die massive Anwendung von Pestiziden und Duengemitteln wird die Natur auf Dauer schaedigen, sondern vor allem auch die durch den Stausee aus dem Boden geloesten Mineralien, die sich in der Folge in den bewaesserten Flaechen ablagern werden und diese in einiger Zeit unfruchtbar machen. Ein trauriges Beispiel sind die heutigen Wuesten und ehemaligen Baumwollfelder in Usbekistan. Und auch wenn mehrere Ernten pro Jahr eingefahren werden sollten, den LandarbeiterInnen werden sie zuletzt zugute kommen. Bestimmt sind sie naemlich fuer den Export in den Nahen und Mittleren Osten, die Turkrepubliken, die Westtuerkei und nach Europa. Dafuer will die Tuerkei auch fuer die noetigen infrastrukturellen Verbesserungen im Verkehrs- und Transportnetz sorgen. So ist unter anderem eine Schnellstrasse in die Turkrepubliken der ehemaligen Sowjetunion geplant.

## **Grossmachttraeume eines NATO-Staates**

Auf die Turkrepubliken hat die Tuerkei schon seit laengerem, spaetestens seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, ein Auge geworfen. Damit wurden die grosstuerkischen Traeume reaktiviert. Besonders aggressiv kam dies in den Drohungen gegen Armenien zu Ausdruck, als die Tuerkei mit einem Kriegseintritt auf der Seite Aserbaidshans drohte und glaubte verkuenden zu muessen, dass sich so etwas wie 1914 (der Voelkermord) ohne Probleme wiederholen liesse. Aber es ist nicht nur die Verbundenheit mit der tuerkischen "Rasse" (ein uebliches Wort im tuerkischen Diskurs), sondern wahrscheinlich doch noch mehr die riesigen oel- und Erdgasvorkommen in diesen Gebieten. Der Streit um die Ausbeutung dieser Ressourcen und ihr Transport auf den Weltmarkt (Pipelinefuehrung) bilden den Hintergrund der Dutzenden von kriegesischen Auseinandersetzungen in den letzten Jahren. Die Option informelle, imperiale Ausdehnung in Richtung Osten wird um so staerker, als sich die Tuerkei mehr von Europa abwendet, wie das aufgrund des Kurdistankonfliktes und der Flucht Abdullah oecalans nach Rom einmal mehr deutlich wurde (u.a. Einfrieren des EU-Beitritts-gesuches). Waehrend der Irak fuer seinen ueberfall auf kuwaitische

oelbronzen fast in die Steinzeit zurueckgebombt wurde, kann sich der NATO-Staat Tuerkei dies alles ohne Probleme erlauben. Die voelkerrechtswidrigen Militaerinvasionen im Nordirak, die Einrichtung einer "Sicherheitszone" nach israelischem Vorbild in suedkurdischem Gebiet, das Saebelrasseln gegenueber Syrien, wo es diesen Herbst beinahe zum Krieg gekommen waere. Solange die Tuerkei als verlaengerter Arm der geostrategischen Interessen des "Weltpolizisten" Nordamerika funktioniert, ist das alles kein Problem. Und wie es im Oktober gegenueber Syrien der Fall war, braucht die Tuerkei gar nicht erst zum Krieg zu greifen, die alleinige Drohung der zweitgroessten NATO-Armee reicht aus, um Gegner in die Knie zu zwingen. Doch nicht nur die Armee ist ein solches Erpressungsinstrument, sondern auch das GAP. Wuerde die Tuerkei von ihrer Moeglichkeit, dem Irak oder Syrien monatelang das Wasser abzustellen, Gebrauch machen, koennte sie eine katastrophale Hungersnot ausloesen.

## Schweizer Arbeitsplaetze ueber alles?

Versuchen wir zum Schluss noch einmal den Versuch, den Zusammenhang des GAP und der Schweiz noch etwas genauer herauszuschauen. Wenn sich Schweizer Firmen Auftraege wie den Atatuerk- oder Ilisu-Staudamm uebernehmen, heisst das ja immer auch, dass Schweizer Arbeitsplaetze gesichert werden. Eines der drei Argumente des Bundesrates, warum der ERG stattgegeben wurde. Es stellt sich also die Frage der Komplizenschaft nicht nur der Schweizer Konzerne, wo sie relativ einfach zu denunzieren ist, sondern auch von Schweizer ArbeiterInnen oder - orthodox formuliert - des Schweizer Proletariats. Kann eine Politik, die sich auf Arbeitsplatzsicherung konzentriert und sich auf den herrschenden Arbeitsbegriff positiv bezieht, ueberhaupt emanzipatorisch oder gar revolutionaer sein? Grundsuetzlich kann mensch einwenden, dass Arbeit sowieso nichts Tolles ist, die nur unter dem Zwang, Geld verdienen zu muessen, ausgeuebt wird. Andererseits nimmt ein Schweizer Arbeiter oder eine Schweizer Arbeiterin in einer internationalen Arbeitsteilung, die immer auch ein technologisches Gefaelle in die Peripherie impliziert, ebenso grundsuetzlich eine privilegiere Position ein als tuerkische oder kurdische ArbeiterInnen. In "autonomie-neue folge" wurde aus diesen ueberlegungen das Modell einer metropolitanen Kernarbeiterklasse entwickelt. Diese Klasse verfuegt ueber einen Deal mit den Herrschenden. Sei es die nationalsozialistische "Volksgemeinschaft", der amerikanische "new deal" oder der sozialdemokratisch-keynesianistische, euro-paeische Sozialstaat. Ein imperialistischer Burgfriede fuer soziale Garantien, die mit den aus dem Sueden herausgedrueckten Werten bezahlt werden, "das sozialimperialistische Arrangement der metropolitanen Klasse mit dem Kapital" (Detlef Hartmann)? Und was bedeutet es, wenn diese Garantien im Zuge der herrschenden Krise abgebaut oder gar abgeschafft werden? Was heisst das fuer eine Solidaritaet mit denjenigen, die gar nie solche Garantien besessen haben, im Trikont oder als MigrantInnen hier?

1 Dabei stuetzen wir uns auf ueberlegungen, wie sie in "Autonomie 14" und den "Materialien fuer einen neuen Antiimperialismus" entwickelt wurden.

## Literatur

Autonomie - Materialien gegen die Fabrikgesellschaft - Neue Folge, Nummer 14, Klassengeschichte - Soziale Revolution, Hamburg 1985.

Materialien fuer einen neuen Antiimperialismus, Nummern 1 bis 5, Berlin 1988-1993

Ingrid Strobl, strange fruit: Bevoelkerungspolitik: Ideologien, Ziele, Methoden, Widerstand, Berlin/ Amsterdam 1991.

Heidi Hinz-Karadeniz/Rainer Stoodt, Die Wasserfalle: Vom Krieg um oel zum Krieg um Wasser: Aufstieg und Fall eines Gross-projektes in Kurdistan, Giessen 1993.

Joerg Dietziker, Wasser als Waffe: Tuerkische Daemme und Schweizer Helfer: Die Bedeutung des Suedostanatolienprojektes GAP und die geplante Zerstoerung von Hasankeyf durch Sulzer Hydro und ABB Schweiz, Zuerich 1998.

## 7 Vom World Economic Forum in der Schweiz zu den Bauern und Baeuerinnen in Indien

Was hat Politik des "freien Marktes", die auch dieses Jahr wieder von den Wirtschaftsstrategen(1) am WEF in Davos verfochten wird, mit den BaeuerInnen in Indien zu tun? Offensichtlich befinden sich die einen hier im Norden und die anderen weit weg im Sueden. Und doch lassen sich Zusammenhaenge

herstellen - Zusammenhaenge, die fuer die selbsternannten Global Leaders in Davos keine oder nur kleine Auswirkungen haben, das Leben der BaeuerInnen und Bauern in Indien jedoch ueber ihre Koepfe hinweg bestimmen oder es sogar verunmoeglichen.

Die unermuedliche Jagd nach neuen Ressourcen, die unter anderem auch am World Economic Forum in Davos organisiert und vorangetrieben wird, vertreibt die BaeuerInnen auf der ganzen Welt von ihrer Erde und entzieht ihnen die Basis ihrer Existenz. Traditionelle Anbaumethoden von Nahrungsmitteln sind fuer die Global Leaders nicht lukrativ, Ertraege der Subsistenzwirtschaft lassen sich nicht in Geld umwandeln. Der landwirtschaftliche Sektor ist aber gerade fuer die Laender des Trikonts der Sektor, in dem eine Entwicklung im Sinne der WEF-Wirtschaftsstrategen, d. h. die Steigerung des Brutto Inland Produktes, vorangetrieben werden kann und muss. Die Stadtbevoelkerung will schliesslich ernaeht und die Industrialisierung finanziert werden. ueberschuesse der Landwirtschaftsproduktion koennen auf dem Weltmarkt abgestossen werden, um so Kredite bei IWF und Weltbank in den geforderten harten Devisen zurueckbezahlen zu koennen. Ein Mittel zur Devisenbeschaffung sind die BaeuerInnen, die - immer der selben Wachstumslogik folgend - dazu gebracht werden muessen, weltmarkttaugliche Gueter, sogenannte "cash crops", anzubauen.

Wie wirkt sich nun aber die wachstumsorientierte Logik der Global Leaders mitsamt ihren Institutionen konkret auf die auf die BaeuerInnen in Indien aus? Im Folgenden ein Beispiel - es stammt zwar aus der Zeit der "Gruenen Revolution", ist aber dennoch bezeichnend fuer den Prozess der unerbittlichen Einverleibung aller nur moeglichen Ressourcen durch die Global Leaders:

In einem Dorf in Karnataka, Indien, trat Mitte der 70er Jahre eine neue Krankheit auf. Viele DorfbewohnerInnen litten an einer unerklaerlichen Knochendeformation. Wie ist es dazu gekommen? In der Zeit der "Gruenen Revolution" wurden neue Hohertragsarten entwickelt. Diese - hier handelte es sich um Reis - waren aber nicht an das lokale oekosystem angepasst und benoetigten bisher nicht verwendete Pestizide, um ueberhaupt zu wachsen. Eine weitere, tiefgreifende Veraenderung durch den Anbau der neuen Hohertragsarten betraf das Sozialsystem: GrossbaeuerInnen, die das neue Saatgut wollten, mussten es sich mit Krediten finanzieren. Um diese Kredite das naechste Jahr mit den geforderten Zinsen wieder zurueckzahlen zu koennen, mussten sie vom traditionellen Ernteanteilsystem absehen, mit dem sie ihre PaechterInnen bisher entlohnt hatten. Diese wurden so zu landwirtschaftlichen LohnarbeiterInnen. Das war (und ist) fuer die GrundbesitzerInnen lukrativer - die landwirtschaftliche Arbeit ist schliesslich sehr stark von saisonalen Arbeitszyklen gepraeagt. Durch die Lohnarbeit wurde der Produktionsprozess viel billiger. Fuer die arbeitenden BaeuerInnen reichte aber der Lohn nicht aus. Um nicht zu verhungern begannen sie, Fische und Krabben zu fangen, die in den Reisfeldern lebten. Diese Tiere hatten aber die gespritzten Pestizide aufgenommen und die Menschen erkrankten in der Folge an der oben erwaehnte Knochendeformation.

Dies ist nur ein Beispiel, wie die oekonomische Entwicklung unmittelbar lebensbedrohend auf BaeuerInnen in Indien einwirken. Solche und aehnliche Vorfaele finden ueberall im Trikont statt. Und auch heute ist die Situation keineswegs besser, wenn nicht noch schlimmer. Die Zeit der "Gruenen Revolution" ist zwar vorbei; das Zeitalter der Biotechnologie hat begonnen. Und wieder versprechen die AgrotechnologInnen, die ihre Forschungszentren hier im Norden haben, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Die Folgen dieser Technologien sind nicht absehbar: Biopollution, wachsende Kapitalintensitaet der Agroproduktion, Abhaengigkeiten von Multis und Kreditinstitutionen...

In der Logik des neoklassischen Wirtschaftens, die die selbsternannten Global Leaders propagieren, ist eine solche Entwicklung ein riesiger Fortschritt: Es kann mit noch weniger Ressourcen noch mehr produziert werden, die wachsenden Ertraege koennen auf dem Weltmarkt die "unersaettliche" Nachfrage stillen, damit die Kredite zurueckbezahlt werden koennen und so weiter.

Fuer die BaeuerInnen in Indien aber - oder sonst irgendwo auf der Welt - bedeutet diese Technologie ein weiteres Abgedraengtwerden in Hunger und Armut. Durch diese Entwicklung werden sie weiter verdraengt, haben weder bebaubares Land noch eine regelmaessige Arbeit. Viele migrieren in die Staedte, aber auch dort geht es ihnen nicht besser...

BaeuerInnen in Indien wehren sich bereits seit einiger Zeit gegen die Multis, die Biotechnologie propagieren - sie organisieren zum Beispiel riesige Protestdemonstrationen oder haben im letzten Monat Monsanto-BT-Baumwolltestfelder zerstoeert. Hier im Norden, wo diese Biotechnologie entwickelt wird und wurde, nimmt sie jedoch niemand wahr oder wenn, dann niemand ernst. So sagte ein Agrarwissenschaftler 1992: "Als wir (die WissenschaftlerInnen) vor einem Jahrzehnt die Hohertragsreissorten einfuehrten, war die einzige Gruppe, die sich dagegen wehrte Frauen aus baeuerlichen Haushalten. Naetuerlich wischten wir ihre Einwaende als die von unwissenden Analphabetinnen vom Tisch. Was wussten die schon? Wir waren die Wissenschaftler. Heute, wenn ich sehe, was durch die Hohertragsarten fuer

Schaeden angerichtet wurden, erinnere ich mich an diesen Widerstand.“(2) Beginnen wir also endlich, den BaeuerInnen im Trikont zuzuhoren!

### Anmerkungen

1. Strateginnen sind die Ausnahme, das WEF sowie andere Wirtschaftspolitischen Institutionen sind Maennerbastionen, darum hier nur die grammatikalische Maennerform.
2. Sandhya Venkateswaran, environment, development and the gender gap. Sage, New Delhi, 1995.

## 8 Das WEF und der Osten Europas

Bereits seit 1989 hat das World Economic Forum (WEF) in Davos immer wieder eifrigen Wirtschaftsumbauern aus bis dahin realsozialistisch organisierten Laendern Osteuropas ein Forum geboten, ihrer Politik in Gesellschaft der Weltprominenz Legitimitaet zu verleihen. Dieser bruederliche Umarmung des Westen soll sich nun aber langsam bezahlt machen.

Nach 1989 begann die “neue Freundschaft mit dem Osten“. In Erinnerung bleibt etwa die Rede Vaclav Havel am Davoser Forum 1992, in der er den Spagat zustandebrachte, seine zwiespaeltige Haltung als machtkritischer Intellektueller und Praesident der tschechoslowakischen (oder eher der tschechischen?) Bevoelkerung wie auch seinen ehemaligen MitstreiterInnen der Charta 77 bis zu einem gewissen Grad schmackhaft zu machen. Und Premierminister Viktor Tschernomyrdins Rede am Forum 1997 von den zahlreichen Problemen, die Russland heimsuchen wuerden, die aber die Regierung mit Strukturanpassungsmassnahmen und Perestroika bis zur Jahrhundertwende in den Griff kriegen werde, war wohl ebenso an die russische Bevoelkerung wie an potentielle auslaendische InvestorInnen gerichtet, die es zu beruhigen galt.

### Gleiches Spiel, verschiedene Regeln

Zum Hauptforum in Davos hinzu kam seit 1996 der Zentral- und Osteuropaeische Wirtschaftsgipfel in Salzburg. Wie das Forum in Davos hat dieser Gipfel die Funktion, marktwirtschaftliche Ideologie sowie deren internationale Institutionen wie die Weltbank oder EBRD (Europaeische Bank fuer Wiederaufbau und Entwicklung) zu legitimieren, in einer Atmosphaere (Selbstdarstellung des WEF auf dessen Webseiten) Vertrauen zwischen InvestorInnen und PolitikerInnen zu schaffen, auf dass sie am gleichen Strick ziehen, - eine Art politisch-ideologischer Monopolabsprache. Dies scheint jedoch nicht die ganze Wahrheit zu sein, legt diese Beschreibung doch nahe, dass die in Salzburg (oder Davos) vertretenen top decision-makers (hoechststrangigen EntscheidungstraegerInnen) unter sich gleiche Voraussetzungen mitbringen. Osteuropaeische StaatsvertreterInnen werden aber auf eine Weise in das Spiel der Symbolproduktion eingespannt, dass sie in der Dynamik der Legitimationsdiskurse an Handlungsaefahigkeit einbuessen.

### Geschaeft Hoffnung

Schwierig einzuschaetzen, bis zu welchem Grad der bulgarische Staatspraesident Petar Stoyanov etwa die Maer vom anstehenden EU-Beitritt (oder NATO-Beitritt) selber glaubt und von westlichen Institutionen fuer deren Zielsetzungen instrumentalisiert wird, oder inwiefern er und seine politischen MitstreiterInnen freiwillig mitlaufen und zynisch ihre WaehlerInnen beluegen, um den Umbau der bulgarischen Gesellschaft zu ihren Gunsten voranzutreiben. Der WEF-Gipfel ist integraler Bestandteil einer westlichen Koedpolitik, die im Zusammenspiel mit politischem Druck und oekonomischem Auspielen dazu dient, die Wirtschaft Bulgariens (das hier als Beispiel fuer andere stehen soll) dem Zugriff der BulgarInnen zu entziehen und in die Haende der Global Players zu legen. Es gibt durchaus konkrete Gruende, als Bulgarin oder Bulgare fuer einen EU-Beitritt einzustehen. Die oekonomische Ausbeutung Bulgariens gestaltet sich fuer die transnationalen Konzerne der EU einfacher, solange Bulgarien nicht (Voll-)Mitglied ist, sondern mit Kooperationsvertraegen bei der Stange gehalten wird. Die Erniedrigung des Schlangensteheens fuer ein Visum vor der italienischen oder deutschen Botschaft mag einen weiteren dieser Gruende versinnbildlichen. Schengen wird als Provokation, als unrechtmassiger Ausschluss aus der “zivilisierten Welt“ empfunden, in welche Bulgarien seiner Geschichte gemaess gehoeren muesste.

## **Koederpolitik - ganz konkret**

Damit sind wir auch schon bei einem wesentlichen Aspekt europaeischer Koederpolitik angelangt: Die tendenziell imperialistische Rede von der Vollendung Europas (der oesterreichische Praesident Thomas Klestil am WEF-Gipfel in Salzburg im Juli 1998) von Europaeischer Seite findet ihre Entsprechung in den staendigen Beteuerungen osteuropaeischer PolitikerInnen, ihr jeweiliges Land und ihre Kultur sei historisch Teil des zivilisierten Westens. Eine Mischung aus Erniedrigung, Nationalstolz und kapitalistischer ueberzeugung bringt osteuropaeische PolitikerInnen dazu, sich derart auf eine Europaeische Integration einzuschließen, dass fuer sorgfaeltige Lagebeurteilungen wenig Gelegenheit bleibt.

Die Angebote der EU und der NATO an ost- und suedosteuropaeische Regierungen, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, bedienen sich dieser Dynamik, um die Regierungen und Bevoelkerungen dazu zu bringen, ihre Wirtschaft, ihr Rechtssystem oder ihre Armee nach den Kriterien des Westens umzugestalten, sowie in der Migrationspolitik als Pufferzone zu fungieren. Die Beitrittsangebote selber sind nicht ernstgemeint, oder zumindest in ihrem Kontext fragwuerdig. Waehrend die osteuropaeischen Kandidat-Regierungen mit Eifer darangehen, den jeweiligen Kriterienkatalogen westlicher Institutionen gerecht zu werden, haben die EU-Regierungen an ihrem Amsterdamer Gipfel gezeigt, dass sie ihren Anteil nicht bereit sind zu leisten: Sie haben darauf verzichtet, die institutionellen Reformen einzuleiten, ohne die eine Neuaushandlung der Machtverhaeltnisse in einer erweiterten EU von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Auch muessten Deutschland und oesterreich als diejenigen Laender, die sich die klarsten Vorteile aus einer Osterweiterung erhoffen koennen, tief in die Staatskassen greifen, um den skeptischen aermere Laender Europas Anreize zu geben. Die Rede in Deutschland ist derzeit aber davon, dass das Land in der EU bereits zuviel zahlt. Der NATO-Beitritt seinerseits scheint sich fuer die Laender der ersten Welle (Polen, Tschechische Republik und Ungarn) zu konkretisieren, die weiteren Kandidat-Laender duerften aber fuer die NATO weniger interessant sein.

## **WEF - Schluesselrolle im Osten**

Dessen ungeachtet gehoeren Diskussionen zur EU- und NATO-Erweiterung, sowie im Zusammenhang mit der letzteren das heikle Verhaeltnis der NATO zu Russland, am Salzburger Gipfel jedes Jahr zu den Schwerpunkten. Damit nimmt das WEF in der symbolischen oekonomie des kapitalistischen Umbaus Osteuropas eine Schluesselrolle ein.

Neu steigt das WEF mit seinem Meeting in Moskau, vom 4. und 5. 12. 1998, in die Verwertung und das Management der russischen Wirtschaftskrise ein und baut den neuen Premierminister Sergey Primakov zum Hoffnungstraeger fuer revidierte Reformen auf. Das WEF scheint im Osten Europas und in Russland vielversprechende Maerkte sowie Entwicklungen mit weitreichenden Konsequenzen zu riechen und wird seine Aktivitaeten wohl weiterhin ausbauen.